

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Döschoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartaalstrafen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 5. Dezember 1930

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Kampf den Volksverderbern.

Die Sozialdemokratie gegen die Aufhebung der Notverordnung.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloss am Freitag-Abend nach eingehender Aussprache die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen.

Die Freitag-Sitzung des Reichstags hat noch einmal mit besonderer Eindringlichkeit den Ernst der politischen Lage gezeigt, in der sich Deutschland zur Zeit befindet. Mit dem endgültigen Ausscheiden des Justizministers Bredt aus der Reichsregierung hat sich das Fähnlein der Wirtschaftspartei vorbehaltlos dem Heerhaufen der Nationalsozialisten angeschlossen. Die Existenz dieser Partei der rücksichtslosesten Selbstinteressenten ist an sich schon eine politische Groteske, die sich bisher noch in keinem anderen Kulturlande der Welt wiederholt hat. Die Vorgänge aber, die sich an ihr Ausscheiden aus dem Regierungslager knüpfen, hat die Wirtschaftspartei vollends der Lächerlichkeit ausgeliefert. So war es nur selbstverständlich, dass die moralische Ohrfeige, die Reichskanzler Brüning dieser Partei am Freitag zu Beginn seiner Ausführungen gab, fast vom ganzen Hause als wohlverdient angesehen wurde.

Dieses tragikomische Zwischenspiel darf uns aber nicht über die wirkliche Situation täuschen. In zwei Punkten wird Herrn Dr. Brüning unbedingt zuzustimmen sein: dass einmal die Ordnung der öffentlichen Finanzen die Voraussetzung für alle sozialen und wirtschaftlichen Leistungen ist und zum anderen die Parteien bei ihrer Entscheidung am Sonnabend eine ausserordentlich schwere Verantwortung zu tragen haben. Die Verantwortung wofür? Die bürgerlichen Parteien mögen unter dieser Verantwortung das Eintreten für den Staat meinen, wie sie ihn sich denken. Die Sozialdemokratie trägt die Verantwortung nicht allein für den Bestand des republikanischen Staates, sondern mit dem Staatsgedanken verbindet die Sozialdemokratie unlösbar die Sorge um das Schicksal des arbeitenden Volkes.

Der neue nationalistische Block, der sich aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei zusammensetzt, verkörpert politisch, sozialpolitisch und wirtschaftlich die nackte Reaktion. Ihn zur Macht kommen zu lassen, würde nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten, sondern auch die restlose Beseitigung aller Rechte, die sich die arbeitende Klasse in jahrzehntelangen opfervollen Kämpfen erobert hat. Es geht heute um die Erhaltung der Kampfkraft des deutschen Proletariats. Es gilt aber zugleich auch, die Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg zu schaffen, dessen Ziel die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist und bleibt.

Aus diesen Erwägungen heraus ist die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Freitag zu dem Entschluss gekommen, die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning abzulehnen und gegen die Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember zu stimmen. Was sie im Interesse des arbeitenden Volkes an Änderungen an dieser Notverordnung für erforderlich hält, wird sie mit allen Mitteln auf dem Wege der Initiativgesetzgebung durchzusetzen versuchen. Die erforderlichen Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen.

SPD. Vor einiger Zeit reiste eine Delegation des verbotenen Rotfront-Kämpferbundes nach Russland, um dort die "Grüsse der revolutionären Arbeiter Deutschlands" auszurichten. Diese Delegation bestand aus insgesamt 129 Personen, die in vorsorglicher Weise so ausreichend mit allen Lebens-Notwendigkeiten versehen waren, dass man annehmen konnte, sie hätten eine mehrjährige Nordpolreise vor. Kleider und Lebensmittel, Würste und ähnliche schöne Dinge wurden in so reichlichem Ausmass mitgenommen, dass die kommunistischen Glaubensgenossen in Deutschland in der Mehrzahl sicher sehr froh sein würden, wenn auch sie gelegentlich einmal so gut leben könnten wie die besagte Delegation.

In Russland ist die Delegation, nachdem sie ihren besonderen Zweck erfüllt hatte, gedrittelt worden. Eine der Gruppen wurde nach Sibirien und die andere nach Kaukasien geschickt. Die dritte konnte in Moskau bleiben. Alle drei werden gegenwärtig im russischen Militärdienst ausgebildet. Diese "Ausbildung" muss unter der Führung eines gewissen Trebe so gründlich vor sich gehen, dass die Moskauer Gruppe dieser Tage offen gemeutert hat. Die Mitglieder blieben eines Morgens in ihren Behausungen, traten nicht zum Dienst an und weigerten sich überhaupt, weiter mitzumachen. Infolgedessen musste der Rotfrontführer Leow eingreifen und die Sache wieder einigermaßen einzurenken versuchen.

Der besagte Trebe wird von den russischen Militärkapazitäten als ein hervorragender militärischer "Ausbildner" im altpreussischen Sinne stark gelobt. Ob das für einen Kommunisten eine Schmeichelei ist, wagen wir nicht zu entscheiden.

SPD. Paris, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Sturz des Kabinetts Tardieu im Senat ist kein Tod in Schönheit gewesen. Tardieus Ministerpräsidentschaft war anfänglich nur als eine Art Statthalterschaft für den erkrankten Poincaré gedacht gewesen. Deshalb hatte Tardieu auch ausserordentlich wenig Sorgfalt auf die Auswahl seiner Mitarbeiter gelegt. Er hatte in unverhülltem Zynismus die Zahl der Ministerposten masslos erhöht, nur um durch Befriedigung möglichst vieler Parteigänger sich eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Er hat sich auch selbst von Anfang an zu dem ausgesprochenen Wahlagenten der Reaktion erniedrigt, der in skrupelloser Demagogie seine Stellung zum Parteikampf gegen die Linke missbrauchte, der die Präfekturen von politisch missliebigen Elementen säuberte und die Presse stramm zur Wahlkampagne eindrillte. Immer wieder, gleichgültig, ob es galt die Rechte für die Billigung zur Rheinlandräumung zu bestimmen oder sich selbst gegen die drohende Schmutzflut der Börsenkorrption zu schützen, führte Tardieu das Argument der amtlichen Wahlhilfe für die Kammerwahlen im Jahre 1932 ins Feld. Was er trieb war nichts anderes als Politik des Opportunismus und des krassen Parteiegoismus.

Tardieu ist ein politisches Talent aber kein Charakter. Der hervorstechendste Zug seines Wesens ist der vollkommene Mangel an politischer Ueberzeugung. Sein Hauptfehler ist es, zu glauben, dass auch die anderen sich nur von materiellen, persönlichen oder parteilichen Interessen leiten lassen. Er war es auch, der ihn zu der Hoffnung verleitete, dass er sich mit plumpen Einschüchterungsversuchen dem aus der unsauberen Verquickung von Geschäft und Politik drohenden Korruptionsskandal entziehen und sich unbekümmert um die Verluste seines moralischen Ansehens werde behaupten können. Sein unzweifelhaftes politisches Talent wäre, wie Léon Blum ihm in einer der letzten Kammer Sitzungen zugerufen hat, eines besseren Schicksals würdig gewesen. Nicht minder berechtigt war der Vorwurf des Senators de Jouvenel, dass Tardieu die Hauptschuld an der Spaltung und Zersplitterung der republikanischen und demokratischen Parteien trage. Er hatte nicht nur die Radikalen, die in der ganzen Geschichte der dritten französischen Republik das Rückgrat der Regierung gewesen waren, von Anfang an von sich gestossen, sondern auch seine persön-

liche Anmassung, seine verletzende Art und seine ausgesprochene Kampfpolitik haben die Kluft nach links hin mehr und mehr vertieft.

Gewiss ist ein Linkskabinett in der augenblicklichen Kammer nicht möglich. Ebenso wenig aber ein Rechtskabinett, das, wie das Experiment Tardieu gezeigt hat, um seiner Selbsterhaltung willen genötigt ist, sich in allen wichtigen Fragen die Politik der Linken zu eigen zu machen. Doch dieser politische Widerspruch hat namentlich für die Aussenpolitik Frankreichs die verhängnisvollsten Folgen gehabt. Frankreich hat das Rheinland geräumt. Aber durch seine ewigen Drohungen mit seinen Militärrüstungen, durch seine ständigen Klagen über seine bedrohte Sicherheit hat es sich und die internationale Friedenspolitik um die Wirkung dieser Tat gebracht. Das gleiche ist von der Abrüstungsfrage, der Revision der Verträge und anderer wichtiger Probleme festzustellen.

Unter diesen Umständen dürfte nunmehr die Stunde für ein Kabinett der republikanischen Konzentration geschlagen haben, das von den Radikalen bis zur Mitte hinüberreichen würde, ohne allerdings den ausgesprochen reaktionären Flügel der Tardieu-Mehrheit mit zu umfassen. Diese Kompromissbildung ist natürlich nur schwer auszubalancieren, und es wird daher eines überragenden Politikers wie Poincaré bedürfen, um sie fest zusammenschmieden. Poincaré aber wehrt sich unter dem Hinweis auf seinen schwachen Gesundheitszustand aufs entschiedenste, wieder die Last der Regierungsführung zu übernehmen, und es ist zweifelhaft, ob er schliesslich unter dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben wird.

Die wichtigste Frage, die der Regierungswechsel für Deutschland aufwirft, ist die, ob Briand auch weiterhin die Leitung des Auswärtigen Amtes behalten wird. Es kann leider nicht geleugnet werden, dass seine innerpolitische Stellung durch den Hitlersieg in Deutschland sehr geschwächt worden ist. Dazu kommt, dass zahlreiche andere Politiker, nicht zuletzt auch Herriot, die Zeit für gekommen erachten, um selbst ihre Kandidatur für das Aussenministerium aufzustellen. Allerdings bleibt es fraglich, ob man es wagen wird, Briand kaltzustellen, dessen internationaler Einfluss - seine Wahl zum ersten Präsidenten des Europa-Komitees haben haben es erneut gezeigt - heute im Interesse der Friedenspolitik unentbehrlicher denn je ist. Sein Verschwinden von der politischen Bühne würde das Ende der in Locarno begonnenen Epoche bedeuten.

SPD. Wien, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Sitzung des Nationalrats entwickelte Bundeskanzler Dr. Ender das Programm der neuen Regierung.

Die Regierung habe sich - so führte Ender aus - bei ihrer Konstituierung von den Prinzipien der demokratischen Republik leiten lassen. Vor allem beabsichtige sie zunächst Massnahmen zur Verbilligung der Verwaltung, Massnahmen im Interesse der Landwirtschaft und zur Verbesserung des Exports sowie eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchzuführen. In der auswärtigen Politik werde die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten insbesondere zu dem grossen deutschen Bruderstaat ernste Sorgen der Regierung sein.

In der Debatte führte der sozialdemokratische Abg. Dr. Kenner aus: "Die faschistischen Anschläge haben unser Land an den Rand des Bürgerkrieges gebracht. Diese Regierung ist eine bescheidene erste Abschlagszahlung auf das, was das Volk am 9. November verlangt hat. Dass die Regierung Leute wie Vaugoin aufgenommen hat, gegen den sich das Volk gewandt hat, ist ein Verstoss gegen die Demokratie. Die Haussuchungen bei Schutzbündlern sind unerhört. Es waren Schutzbündler, die vor Jahren das Burgenland mit ihrem Leibe verteidigt haben, die in Kärnten gegen den äusseren Feind kämpften und bereit sind, auch Tirol gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Dafür hat man uns "Rote Bestien" genannt. Es gibt nichts, was so schamlos und niederträchtig wäre, wie diese Handlungsweise des Herrn Vaugoin. Das Verhalten der Christlichsozialen hat so-

gar aus dem braven Bürokraten Schober einen Politiker und Staatsmann gemacht. Es gibt kein Kompromiss zwischen Gesetz und Gewalt. Wir wünschen, dass bei den Handelsvertragsverhandlungen und auch sonst immer die Beziehungen zu Deutschland auf das innigste gefördert werden. Wir sind auch als Opposition zu jeder positiven Mitarbeit mit der Regierung bereit. Wir müssen aber fordern dass man immer das Einvernehmen mit uns sucht. Aus der Rede des Bundeskanzlers ist durchgeklungen, dass er mit der Opposition den Weg der Verständigung finden will. Wir werden angesichts der Notlage des Landes es niemandem schwer machen, sich mit uns zu verständigen, aber gegen jede Gewalt und gegen jeden Versuch, uns zu knechten, werden wir uns wehren."

SPD. Braunschweig, 5. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Kunsthändler Dr. Schäffer-Berlin hat kürzlich das im Landesmuseum Braunschweig hängende Bild des holländischen Malers Vermeer "Das Mädchen mit dem Weinglase" für 2,7 Millionen gekauft. Der Haushaltsausschuss des Braunschweigischen Landtags hat am Freitag seine Zustimmung zu dem Verkauf, der besonders vom Herzog von Braunschweig betrieben wird, verweigert.

Der Staat und der Herzog sind nach dem bestehenden Vertrag verpflichtet, Landesmuseum und Landesbibliothek zu gleichen Teilen zu unterhalten. Der Herzog will nun den auf ihn entfallenden und z.Zt. fälligen Betrag von 70 000 Mark durch den Verkauf des Bildes aufbringen. Er hat bereits ein Schiedsgericht angerufen, um feststellen zu lassen, dass die Zustimmung der Regierung, die sich dem Verkauf widersetzt hat, zu der Veräußerung des Bildes nicht notwendig ist. Er betreibt den Verkauf unter Hinweis auf seine Notlage, obwohl er erst vor einem Jahr einen wertvollen Holbein für 1,2 Millionen Mark, eine prachtvolle Gobelin-Sammlung für mehrere 100 000 Mark und den Welfenschatz verkauft hat.

Die bürgerlichen Parteien sind in ihrem Entschluss schwankend, da sie dem Herzog, dem sie bei den Auseinandersetzungsverträgen von 1925 nicht weniger als 53 Morgen Land zugeschanzt haben, auch jetzt wieder entgegenkommen möchten. Sozialdemokraten und Nationalsozialisten widersetzten sich dem Verkauf des Bildes aber entschieden.

SPD. Die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli hat zu einer wesentlichen Verbesserung der Vorschriften über die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und die Bürgersteuer geführt. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, sich mit diesen Erfolgen zu begnügen. Sie wird auch weiterhin bestrebt sein, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Reichsgesetzgebung positiv zu beeinflussen. Aus diesen Gründen hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine ganze Reihe von Anträgen eingereicht, die auf den Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie bei den Ernährungsfragen wichtige Verbesserungen des bestehenden gesetzlichen Zustandes bezwecken.

Die wirtschaftspolitischen Anträge sind darauf gerichtet, die Preissenkung in verstärktem Masse in Gang zu bringen. Diesem Ziel dient zunächst ein Antrag auf Herabsetzung des Höchstpreises für Zucker von 21.- auf 18.- Mark für den Zentner. Darüber hinaus wird ein umfangreicher Entwurf für ein Kartell- und Monopolgesetz vorgelegt, durch den das Reich instand gesetzt werden soll, unwirtschaftliche Preisbindungen der Monopole und Kartelle aufzuheben. Das Reich soll das Recht einer dauernden Aufsicht über die Kartelle und Monopole erhalten, es soll ein Reichsamt für Kartell- und Monopolverwaltung geschaffen werden, und schliesslich sind eine ganze Reihe von Zwangsmassnahmen und Strafbestimmungen gegen widerstrebende Kartelle und Monopole vorgesehen.

Besonders zahlreich sind die Anträge der Sozialdemokratischen Reichstags-

fraktion auf dem Gebiet der Steuer- und Finanzpolitik. Bei der Besitzbesteuerung handelt es sich um folgende Forderungen: Ein Antrag sieht bei den Einkommen über 8 000 Mark eine Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags von 5 auf 10 % für 1930 und 1931 vor. Der Einkommensteuerzuschlag für Aufsichtsräte, der nach der ersten Notverordnung nur 2½% beträgt und den die Regierung in der neuen Notverordnung auf 10 % erhöht hat, soll auf 20 % heraufgesetzt werden. Hierher gehört auch ein Antrag, der eine Verschärfung der Besteuerung der Spekulationsgewinne und der Einkommenbesteuerung nach dem Verbrauch fordert.

Dem Ausbau der Besitzbelastung soll weiter ein Antrag auf Erhöhung der Erbschaftsteuer dienen. Dieser Antrag verfolgt drei Ziele: 1. Die Ehegatten sollen wieder steuerpflichtig werden, soweit das ererbte Vermögen 10 000 Mark überschreitet, 2. die Steuersätze sollen erhöht werden und 3. soll dem Missbrauch der Stundungsvorschriften ein Riegel vorgeschoben werden. Alle diese Massnahmen zur Verschärfung der Besitzbelastung werden vervollständigt durch den Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten. Dieser Antrag, den die Fraktion schon wiederholt gestellt hat, verlangt die Offenlegung der Veranlagungsergebnisse sämtlicher Steuern vom Ertrag, Einkommen und Vermögen.

Eine andere Reihe von Anträgen sieht die Milderung der Massenbelastung vor. Deshalb wird verlangt, dass die Sonderumsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine, die unter Moldenhauer eingeführt worden ist, wieder aufgehoben wird. Ebenso soll die Mineralwassersteuer wieder beseitigt werden. Ein weiterer Antrag verlangt wesentliche Erleichterungen bei der Hauszinssteuer. Danach sollen von der Hauszinssteuer befreit bleiben 1.) Kleinhausbesitzer, deren Eigenhäuser weniger als 5 000 Mark Friedenswert haben, 2.) Arbeitslose, die länger als 13 Wochen erwerbslos sind, 3.) Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte, Sozialrentner und rentenberechtigte Kriegsbeschädigte. In der gleichen Richtung liegt schliesslich ein Antrag, der die Verlängerung des Kontingents für die Zigarettenindustrie, die in der ersten Notverordnung zugestanden worden ist, wieder rückgängig macht. Dadurch soll verhindert werden, dass die Tabaksteuererhöhung, die durch die zweite Notverordnung vorgenommen worden ist, von der Industrie auf die Verbraucher abgewälzt werden kann.

Eine weitere Gruppe von Anträgen dient der Abwehr von Gefahren, die der Volksernährung durch die Vorschriften der Notverordnungen drohen. Hierzu gehört die Forderung, das Roggenmehl mit 70 statt mit 60 % auszumahlen und auf diese Weise ein verbessertes Roggenbrot herzustellen. Weiter soll der Beimischungszwang von Roggen- und Kartoffelmehl für Weizengebäck aufgehoben werden, und schliesslich soll das Verbot beseitigt werden, in Gaststätten Weizengebäck zu verkaufen. Um eine drohende Verteuerung der Margarine zu verhindern, soll auch die Beimischung von inländischem Algal und Schmalz für die Margarinefabrikation unterbleiben.

Wichtig ist vor allem der Antrag, der das zollfreie Gefrierfleischkontingent von jährlich 50 000 Tonnen wieder herstellen will. Ein anderer Antrag verlangt Änderungen bei dem System des Gerstenzolls, die im Interesse der bäuerlichen Viehwirtschaft liegen. Weiterhin werden verbesserte Massnahmen für den Arbeitsschutz der Nahrungsmittelarbeiter verlangt. Diese Reihe der Anträge wird abgeschlossen durch einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäss Artikel 34 der Reichsverfassung. Dieser Ausschuss soll feststellen, ob in den Monaten vor der Wahl bei der Roggenstützung Missbräuche zu Zwecken der Wahlagitation vorgekommen sind, wie es von den Deutschnationalen behauptet wird.

Ein letzter Antrag schliesslich bringt einen vollständigen Entwurf für ein Wohnheimstättengesetz nach den Beschlüssen des ständigen Beirats für Wohnheimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium.

Alle diese Anträge halten sich im Rahmen dessen, was tatsächlich durchgeführt werden kann. Unbeirrt von der Flut der Agitationsanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten hält die Sozialdemokratie an ihrer bisherigen Einstellung fest, nur solche Anträge im Reichstag einzubringen, deren Durchführung sachlich möglich und notwendig ist.

SPD. Riga, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Moskauer Monstreprozess gegen Ramsin und Genossen beantragte der Anklagevertreter Krylenko am Freitag, wie zu erwarten war, gegen alle 8 Angeklagten die Todesstrafe.

Im Verlauf seines mehrstündigen Plädoyers erklärte Krylenko, dass die Annahme, als ob die Geständnisse der Angeklagten auf Folterungen zurückzuführen seien, absoluter Unsinn wäre. Der Umstand, dass die Angeklagten geständig seien, sei erklärlich durch das Fehlen jeglicher Hoffnung, ihr Leugnen könnte zu irgend etwas führen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Dr. Bredt seinem Antrage entsprechend vom Amte des Reichsministers der Justiz entbunden und den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joel bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers beauftragt.

SPD. Bochum, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Aufsichtsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Dortmund befasste sich am Freitag mit den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen gegen die beiden Vorstandsmitglieder Generaldirektor Fischer und Krone und beschloss, auf Grund des vorliegenden Materials die beiden Vorstandsmitglieder abzuberufen und die Angelegenheit zur beschleunigten Klärung einer neutralen Treuhandstelle zu übertragen. Der Aufsichtsrat betont jedoch ausdrücklich, dass die angeblichen Verluste den Stand des Unternehmens nicht berührt haben.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde der Betriebsgemeinschaft mit dem Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk Essen zugestimmt.

SPD. Paris, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Infolge einer zweistündigen U-Bahnpanne, die dadurch hervorgerufen worden war, dass sich eine junge Frau unter einen herannahenden Zug stürzte, wurde Paris am Freitag morgen in den Zustand einer wahren Verkehrsanarchie versetzt. Tausende von Arbeitern und Angestellten, die sich an der gestörten Station "Börse" im Nu angesammelt hatten, stürzten sich, nachdem sie lärmend gegen die U-Bahngesellschaft protestiert hatten, auf sämtliche Verkehrsmittel der Oberfläche, vor allem auf die Taxis, die alle in gleicher Richtung fahrend die Strassen trostlos verstopften. Da kein Mensch wusste, woher dieser Menschenstrom plötzlich kam, wurde alles noch verwirrter. Zwei Stunden Unterbrechung einer einzigen U-Bahnlinie hatten genügt, um das Stadtbild ausser Rand und Band zu bringen.

SPD. In Berlin kam es am Freitag-Abend an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei. Die Beamten wurden wiederholt mit Steinen und anderen harten Gegenständen beworfen, zum Teil auch tätlich bedrängt. In einem Falle gab die Polizei Schreckschüsse ab. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Im Berliner "Mozartsaal", wo zur Zeit der Film "Im Westen nichts Neues" aufgeführt wird, veranstalteten Nationalsozialisten am Freitag im Verlauf der Abendvorstellungen grosse Radauszenen, sodass sich die Leitung des Theaters schliesslich gezwungen sah, den Saal polizeilich räumen zu lassen und die Vorstellung zu schliessen.

SPD. London, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Delegiertentagung der schottischen Bergarbeiter beschloss am Freitag die Londoner Entschliessung der allgemeinen Bergarbeiterkonferenz anzunehmen und den Streik am Sonnabend zu beenden. Voraussetzung dazu ist für die Schottländer, dass keine Lohnkürzung erfolgt und die 45 Stundenwoche nur auf die begrenzte Zeit von drei Monaten in Kraft tritt, bis zur endgültigen Regelung der Arbeitszeit im Bergbau. Auch die Bergarbeiter von Südwales, die zwar in den Gruben geblieben sind, sich aber ihre Entscheidung vorbehalten hatten, werden sich aller Voraussicht nach dem Beschluss der Schottländer anschliessen.

Inzwischen sind die Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergwerksbesitzern über die Regelung der Arbeitszeit aufgenommen worden. Damit ist die gegenwärtige Krise im englischen Bergbau vorläufig beigelegt. Die Arbeiter haben die beabsichtigten Lohnkürzungen niedrigergerungen, allerdings unter dem vorläufigen Verzicht auf den reinen $7\frac{1}{2}$ Stundentag.

SPD. Bochum, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat teilt mit, dass sich die rückläufige Bewegung des Absatzes an Ruhrkohle im vergangenen Monat fortgesetzt hat. Der Versand für Rechnung des Syndikats stellte sich im Monat November nach den vorläufigen Ergebnissen auf arbeitstäglich 206 000 Tonnen gegen 211 000 Tonnen im Oktober. Die Haldenbestände beider Zechen sind weiter gestiegen. Sie beliefen sich Ende November auf 8,5 Millionen Tonnen (einschliesslich Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) gegen 7,9 Millionen Tonnen Ende Oktober. Die Zunahme entfällt in der Hauptsache auf Koks.

SPD. London, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der englischen Presse findet der Sturz des französischen Kabinetts nur geringe Beachtung. Die "Times" ist lediglich daran interessiert, ob Briand am Ruder bleibt. Der "Manchester Guardian" glaubt nicht, dass sich in der französischen Aussenpolitik bei einer neuen Regierung etwas ändern werde. Das liberale Blatt ist der Ansicht, dass angesichts der politischen Lage in Deutschland wie in Frankreich sich die französischen Chauvinisten und die Hitlerianer in Deutschland gegenseitig in die Hände arbeiten.

SPD. Bombay, 5. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Demonstrationen der Angestellten des allindischen Kongresses dauerten auch am Freitag an. Insbesondere waren Bombay und Karachi der Schauplatz grösserer Aktionen. In beiden Städten griff die Polizei ein und trieb die Massen mit Bambusstöcken auseinander. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 5. Dez. (Eig. Bericht)

Auch der dritte Tag der Reichstagsdebatte über Reichshaushalt und Notverordnungen brachte keine Ueberraschung. Bewegt wurde die Sitzung nur, als der junge sozialdemokratische Abgeordnete Litke-Berlin eine schneidige Angriffsrede gegen die Nationalsozialisten hielt. Da gab es etliches Geschrei bei den Talmi-Sozialisten, die nach dem Geständnis ihres Führers Feder sozialistische Tendenzen ablehnen. Sanfte Ordnungsrufe des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef, der einmal unter brausendem Gelächter mit der Anwendung des Artikels 48 gegen die unruhigen Nationalsozialisten drohte, brachten die Herren Nazis zum parlamentarischen Anstand. Es scheint, die Herren Antiparlamentarier von rechts haben, wie vorher schon die Kommunisten, sich auch schon an parlamentarische Sitten gewöhnt, was gelegentliche Rückfälle nicht auszuschliessen braucht.

Der christlichsoziale Abgeordnete Rippel bezeichnete Tributzölle und Enteignung der Börsenfürsten als Seifenblasen, die zerplatzen, wenn man zufasst. Er sprach sich bedingt für ein Zigarettenstaatsmonopol aus. Den Gemeinden warf er Grossmannssucht mancher Oberbürgermeister vor. Der Christlichsoziale Volksdiener werde sich stets verantwortungsbewusst und positiv zum Staate einstellen. Der Rede des wirtschaftsparteilichen Führers Drewitz hatte das Haus mit einiger Spannung entgegengesehen. Er enttäuschte aber wie immer. Nicht einmal in der gegenwärtigen Lage, wo die Wirtschaftspartei auf eine Erschütterung des Reichskabinetts zugunsten der Nationalsozialisten hinarbeitet, gab Herr Drewitz so etwas wie einen politischen Gedanken von sich. Seine Rede erhob sich nicht über die politischen Gespräche eines Kegelklubs. Herr Drewitz irrt sich, wenn er glaubt, die Sozialdemokratie beurteile ihn nach seinem Berufe als Bäckermeister. Es liegt nicht am Berufe, sondern an den mangelnden geistigen Fähigkeiten des Herrn Drewitz. Man würde dem deutschen Handwerk schwer Unrecht tun, wenn man ihm zutrauen wollte, es hätte keine besseren Vertreter ins Parlament zu schicken als gerade Herrn Drewitz. Peinlich war es für die Nationalsozialisten, als Herr Drewitz feststellte, dass der Abgeordnete Feder am Donnerstag schon sehr weit von früheren nationalsozialistischen Reden abgerückt sei. Drewitz gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Nationalsozialisten sich noch mehr zur parlamentarischen Regierungsform und zur Kompromisspolitik entwickeln würden, darum wolle ihnen die Wirtschaftspartei den Weg in die Regierung öffnen. Dem Reichskanzler warf Drewitz vor, dass dieser sein Wort, die Notverordnungen vom Juli unter keinen Umständen ändern zu lassen, unter dem Druck der Sozialdemokratie gebrochen hätte. Der Reichskanzler sei nicht anderen Parteien, sondern nur der Sozialdemokratie entgegengekommen. - Der bayerische Volksparteiler Rauch fand, dass der Widerstand gegen die Preissenkung nicht beim einzelnen Geschäftsmann, sondern bei den Unternehmerorganisationen liege.

Nach einer Rede des Staatsparteilers Dr. Weber, der dem Gesetzgebungswerk der Notverordnungen als einer staatspolitischen Notwendigkeit zustimmte, nahm der Reichskanzler das Wort. Er bestritt die Behauptung des Abgeordneten Drewitz, dass die Reichsregierung falsche Informationen über die Bredt-Krise an die Presse gegeben habe. Es sei alles in Wahrheit und Wirklichkeit so verlaufen, wie es die Reichsregierung nach aussen festgestellt habe. Demnach scheint der wankelmütige Reichsjustizminister Dr. Bredt, der gern Minister geblieben wäre und es nicht durfte, seine eigene Fraktion falsch informiert zu haben. Der Reichskanzler wies im übrigen darauf hin, dass nicht nur die Ministergehälter um 20 v.H., sondern auch die Gehälter der Vorstandsmitglieder bei der Reichsbahn um 20 v.H. gekürzt worden seien. Ähnliche Kürzungen glaubt er in Privatbetrieben bei leitenden Persönlichkeiten feststellen zu können. Die Preissenkungsaktion will der Reichskanzler nicht auf viele Wochen ausgedehnt wissen, weil sonst dauernde Zurückhaltung der Käufer eintreten werde. Die Reichsregierung wolle öf-

entlich bekanntgeben, wenn nach ihrer Auffassung die Preise hinreichend gesenkt seien. Für den Grosshandel in Textilien beispielsweise sei das Ziel schon jetzt erreicht, in anderen Branchen jedoch nicht. Bei der Gestaltung der Notverordnungen sei er den Wünschen und Forderungen der Parteien so weit entgegengekommen wie nur überhaupt möglich. Eine Abstimmung über Einzelheiten im Hause werde nur ein allgemeines Durcheinander bringen. Wahrscheinlich würde dann gerade die Landwirtschaft am meisten zu leiden haben. In der Zollerhöhung sei die Regierung wirklich sehr weit gegangen. Nur in wenigen Ländern der Welt werde eine derart erfolgreiche Politik für die Landwirtschaft betrieben wie in Deutschland. Die Sicherung der öffentlichen Finanzen sei das Hauptproblem, daran sei auch die Landwirtschaft interessiert.

Ob dieser Teil der Kanzlerrede geeignet ist, die Landvolkpartei von einer Abstimmung gegen die Reichsregierung abzuhalten, ist sehr zweifelhaft, da die Landvolkgruppe will, dass die Nationalsozialisten in die Reichsregierung eintreten. Diese sogenannten Sozialisten sind die Hoffnung der vereinigten Reaktion von den Deutschnationalen über Grossagrarien beim Landvolk bis hinüber zu den Krätern der Wirtschaftspartei.

Gegenüber Zwischenrufen der Kommunisten behauptete Brüning, dass seine Politik den Arbeitern viel bringe, das beweise schon der Zuschuss von über 1 Milliarde für die Arbeitslosen. Zum Schlusse seiner Rede malte Brüning die furchtbare Verantwortung aus, die das Parlament auf sich lade, wenn es zu einem Scheitern der Notverordnungen komme. Dann wisse niemand, was sich in Deutschland entwickle.

Das Haus nahm die Kanzlerrede mit grosser Aufmerksamkeit, aber schweigend hin. Beifall gab es nur in der Mitte des Hauses. Für die Nationalsozialisten sprach dann als zweiter Redner der Abgeordnete Rosenberg. Er ist ein aus den Ostseeprovinzen nach dem Kriege eingewanderter Russe, der nur kümmerlich der freien deutschen Rede mächtig ist. Sein Vortrag galt dem Terror während der Wahlen in Polen. Er findet, dass die Reichsregierung nicht genügend getan habe. Die Sozialdemokratie hat in ihrer Presse als erste Partei zu einer Protestnote gegen die polnischen Ausschreitungen an den Völkerbund angeregt. Während der Rede von Rosenberg entfuhr seinem Fraktionshüptling ein gefährliches Wort. Als sozialdemokratische Zurufe auf den Verrat der Nationalsozialisten an Südtirol hinweisen, rief Dr. Frick plötzlich aufgeregt: "Ach, das blödsinnige Südtirol!"

Der kommunistische Abgeordnete Schröder-Morseburg warf Stegerwald vor, dass dieser die Hungerpeitsche über die werktätige Bevölkerung noch unbarmherziger schwingen wolle als bisher. Die Regierung Brüning wolle den Arbeitern statt Brot blaue Bohnen geben.

Leben kam in das Haus, als der sozialdemokratische Abgeordnete Litke das Wort erhielt. Er warf zunächst den Kommunisten vor, dass sie mitschuldig seien an den Notständen in der Arbeitslosenversicherung. Die Kommunisten hätten vor einem Jahre gemeinsam mit den kapitalistischen Parteien die Beitragserhöhung in der Erwerbslosenversicherung niedergestimmt. Nicht zuletzt dadurch sei Deutschland in die Finanznot hineingeraten, die dem Reichskanzler den Anlass zur Anwendung des Artikels 48 gebe. Russland könne für die deutschen Arbeiterverhältnisse gar nicht in Vergleich gezogen werden. Dort erhalte der ungelernete organisierte Arbeiter erst nach einjähriger Karenzzeit Erwerbslosenunterstützung. Für den unorganisierten Arbeiter und für den organisierten Angestellten betrage die Karenzzeit in Russland 3 Jahre, für den unorganisierten Angestellten sogar 5 Jahre.

Dann wandte sich Litke in einer erfrischend natürlichen Sprache gegen die Nationalsozialisten. Erst waren nur einige Nazis im Saale. Bald aber füllte sich die nationalsozialistische Fraktion auf und versuchte Litke niederzuschreiben. Seine robuste Natur und durchdringende Stimme machten aber diesen Versuch unmöglich. Litke entlarvte den Abgeordneten Feder als einen Fälscher. Er verlas wörtlich einen "Vorwärts"-Artikel aus dem Jahre 1918, aus dem Feder ganz im Gegensatz zum wirklichen Inhalt herausgelesen hat, dass die Sozialdemokratie die

Niederlage Deutschlands gewollt habe. Litke erklärte, wenn Feder oder ein anderer diese Behauptung noch einmal aufstellte, so sei der Betreffende nichts anderes als ein niederträchtiger Lump. Unter den 2 Millionen deutschen Soldaten, die auf den Schlachtfeldern gefallen seien, befänden sich mindestens 500 - 600 000 Sozialdemokraten. Der jüdische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank sei als Kriegsfreiwilliger gefallen, während der Naziführer Dr. Frick sich während des ganzen Krieges in der Heimat den Hintern gewärmt habe. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch andere Parteien unterstrichen diese kräftige Wendung mit demonstrativem Beifall, in dem der Ordnungsruf des Präsidenten unterging.

Litke fuhr fort, dass Deutschland hätte froh sein können, wenn es den Scheidemann-Frieden rechtzeitig erlangt hätte. Als Litke sich den Fememörder Heines vornahm, schrie der nationalsozialistische Abgeordnete Reichard mit wutverzerrtem Gesicht: "Mit Euch machen wir es genau so!" Zur grossen Heiterkeit des Hauses zeigte Litke den "Völkischen Beobachter" vor, wo auf der einen Seite die Brechung der Zinsknechtschaft gefordert wird, während im Inseratenteil für Spareinlagen höchste Verzinsung angeboten wird. Der nationalsozialistische Führer Dr. Goebbels sei mit vollem Recht in einer Wochenschrift bezeichnet worden als Herr Goebbeles, das Moseskind, das Adolf Hitler im Schilf gefunden und mit den literarischen Delirien des Herrn Dinter aufgezogen habe.

Litke schloss unter dem Wutgebrüll der Nationalsozialisten mit der Feststellung, dass die Sozialdemokratie die einzige deutsche Arbeiterpartei sei und bleiben werde. 1923 hätten die Nationalsozialisten nicht nur die Beseitigung der Demokratie verlangt, sondern auch die Auflösung aller Parlamente, die Aufhebung der Pressfreiheit, die Auflösung der Gewerkschaften, die Todesstrafe für Streiks und die Beseitigung der Meinungsfreiheit. Lebhaftige Zustimmung der Nationalsozialisten zeigte, dass sie auch jetzt noch diese Gewaltmethoden gegen die Arbeitermassen wollten. Litke meinte, Hitler hätte ganz recht gehabt, als er in seinem Buche "Mein Kampf" schrieb: "Hundert Hohlköpfe machen noch keinen Weisen" Nur habe er sich in seiner Prophezeiung der nationalsozialistischen Fraktion geirrt. Es müsse heissen: "107 Hohlköpfe machen noch keinen Weisen". Stürmischer Beifall der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und grosse Heiterkeit fast überall im Hause unterstrichen diesen wirksamen Schluss.

Der Zentrumsabgeordnete Bürgers brachte sehr wertvolles Material über die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse gerade in dem faschistischen Italien bei. Der Abgeordnete Feder hätte die italienischen Verhältnisse so gerühmt, als ob er im Reichstag als italienischer Abgeordneter hätte reden müssen, dabei hätte sich die Arbeitslosigkeit in Italien, einem Siegerstaat, um 60 Prozent erhöht. Die Produktion sei zurückgegangen, der öffentliche Finanzbedarf aber sei um 26 Prozent gestiegen. Die schwebende Schuld Italiens sei höher als die deutsche. - Der deutschnationale Abgeordnete Freiherr von Freytagh-Loringhoven versuchte, die Aussenpolitik in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken. Curtius antwortete ihm, dass er jetzt eine allgemeine aussenpolitische Debatte ablehne. Die Minderheitsfrage könne erst im Januar nach der Rückkehr aus Genf besprochen werden. Auf dem Hofesweise des Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven sei seit jeher bekannt, dass er sich darum verzichte er auf weitere Charakterisierung. Die Regierung beschränke sich in der Aussenpolitik nicht auf Reden, sondern sei mit ernsthaften Aktionen beschäftigt.

War schon der Reichskanzler schwer mit den Nationalsozialisten zusammengerasselt, so gab es erst recht langes und lautes Nazigebrüll, als der Reichsaussenminister seine Rede gegen die Rechtsparteien mit der Bemerkung schloss, jetzt komme es nicht auf Rechenkunststücke, sondern auf Charakter an. Was aber Charakter sei, das wüssten die Nationalsozialisten überhaupt nicht. Der Landvolkredner von Stauffenberg warf der Reichsregierung vor, dass sie den Bürgerkriegsrüstungen der Sozialdemokratie und der Reichsbannerorganisationen tatenlos zusehe. - Der Wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Köster sprach gegen die Schankverzehrsteuer. Als er den Ausdruck gebrauchte: "Unsinnige Regierungsverordnung" nahm der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr die Reichsregierung durch einen entrüsteten

Ordnungsruf in Schutz.- Der bayerische Volksparteiler, Abgeordneter Horlacher, kämpfte in tiefem Hass für die bayerischen Belange. Die Steuervereinfachung sei ein Verfassungsbruch, darum werde sie von seiner Partei rücksichtslos bekämpft werden. Der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt begründete mit einem zweifellos gefälschten Zitat aus der sozialdemokratischen "Münchener Post" wieder einmal den Vorwurf, dass die Sozialdemokraten Landesverräter seien. Die Regierung gebe selbst zu, dass sie die Tabakindustrie und den Tabakhandel vernichten wolle. Selbstverständlich fand er für diese und andere Redeb Blüten den stürmischen Beifall der Nationalsozialisten.

Die Debatte wurde nach 9 Uhr abends auf Sonnabend vertagt.

SPD. Am Freitag vormittag hatten der preussische Innenminister Severing und der Minister für Volkswohlfahrt Hirtsiefer im Preussischen Ministerium des Innern eine Besprechung mit Vertretern der Wohlfahrtsorganisationen, der Industrie und des Handels wegen einer Verständigung über Vorbereitungsarbeiten zu einer umfangreichen Hilfsaktion für die Arbeitslosen Gross-Berlins.

Das geplante Hilfswerk soll, wie Minister Hirtsiefer nach einleitenden Worten Severings erklärte, nicht in Konkurrenz mit den bereits bestehenden Wohlfahrtsorganisationen arbeiten, sondern berufen sein, neue Kräfte mobil zu machen und etwas Zusätzliches zu schaffen. Die im wesentlichen in einer umfangreichen Geldsammlung bestehende Hilfsaktion solle der Beschaffung von Nahrung, Kleidung und Heizmaterial dienen. Ergänzend hierzu bemerkte die sozialdemokratische Stadträtin Weyl-Berlin, dass augenblicklich eine ganze Anzahl von Volksküchen wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht mehr voll ausgenutzt werden können.

Auf die Frage des Ministers Severing, wie weit die Vertreter der Wirtschaft die geplante Aktion unterstützen würden, erklärte Geheimrat Demut für die Industrie- und Handelskammer zwar seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, betonte jedoch, dass "der Rahmen nicht zu weit gespannt" werden dürfe. Auf geäußerte Bedenken betonte Minister Hirtsiefer, dass sämtliche Arbeiten ehrenamtlich geleistet werden sollten, sodass nicht zu befürchten sei, dass ein grosser Teil der aufgebrachtten Gelder für Verwaltungszwecke Verwendung finden würde. Minister Severing führte noch aus, dass zur Durchführung des vorgesehenen Programms etwa fünf Millionen Mark notwendig seien. Ein sich im Anschluss an die Besprechung konstituierender Ausschuss übernahm die Vorarbeiten.

SPD. London, 5. Dez. (Eig. Drahtber.)

In einer am Freitag in London gehaltenen Rede griff der liberale Parteiführer Lloyd George die Arbeiterregierung ausserordentlich scharf an. Er kritisierte vor allem ihre Wirtschaftspolitik und machte sie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Liberalen hätten - so führte Lloyd George aus - keinen Pakt mit der Arbeiterregierung geschlossen, sie hätten ihre Hände frei und behielten sich ihre Entscheidung von Tag zu Tag vor. Wenn es nötig sei, würden die Liberalen das Kabinett stürzen.

In Wirklichkeit ist die Furcht der Liberalen vor Neuwahlen ohne eine Wahlreform, die insbesondere im Oberhaus auf starken Widerstand stösst, und die Angst vor einer konservativen Regierung immer noch grösser als ihr Schauder vor dem Arbeitskabinett,

Aus aller Welt

Frau Bullerjahn klagt an!

SPD. Man erinnert sich des Zwischenfall der sich vor einigen Tagen nach der Trauung der Tochter des Schwerindustriellen von Gontard vor der Matthäikirche in Berlin abgespielt hat: die Mutter des verurteilten Lagerverwalters Bullerjahn stürzte mit dem Rufe "Geben Sie mir meinen Sohn wieder!" auf den Vater Fräulein von Gontaras zu. Walter Bullerjahn wurde am Freitag nachmittag aus dem Untersuchungsgefängnis in Berlin=Moabit wieder in das Brandenburger Zuchthaus überführt.

Neue Winterfeldstrasse im Berliner Westen. Die Gegend zeigt proletarische Anklänge. Prunkeingänge repräsentieren honoriges Bürgertum der achtziger Jahre, aber die Leute, die hier wohnen, sind verarmt. Im Hause Nummer eins erinnert ein in dunklen Farben gehaltener Treppenaufgang und das Halbdunkel, das ihn birgt, an die Düsternis eines Klosterganges. Mühsam lassen sich die Wohnungsschilder entziffern; Familie Bullerjahn wohnt im zweiten Stock. Die Mutter des verurteilten Lagerverwalters, eine leid- und notgebeugte Frau, lebt mit ihren beiden erwachsenen Söhnen zusammen; die Söhne sind arbeitslos, weil spießbürgerliches Vorurteil sie als Bruder eines "Zuchthäuslers" verfeimt. Notdürftig ernährt Frau Bullerjahn sich und ihre Familie durch Zimmervermieten.

Am Ende der Kraft.

Wenn man auf den traurigen Fall des Lagerverwalters Bullerjahn zu sprechen kommt, leuchten die trüb geweinten Augen der Greisin in einem Feuer fanatischer Liebe und unbedingter Kampfentschlossenheit auf, und an dem Schluchzen, das immer wieder durch ihre Stimme bricht, fühlt man, wie sehr diese tapfere Frau am Ende ihrer Kräfte ist. "Es gibt Leute", so erzählt, "die glauben, dass der Zwischenfall bei der Hochzeit von Gontards inszeniert gewesen sei. Aber kein Mensch hat etwas davon gewusst. Schon seit Jahren sehnte ich den Tag herbei, an dem es mir vergönnt sein sollte, von Herrn von Gontard meinen unglücklichen Sohn zurückzufordern. Durch ihn ist er ins Zuchthaus gekommen!" Die Stimme bricht in stillem Weinen ab, einen Augenblick ist es ganz still im Zimmer. Dann fährt die Greisin in verhaltenem Ton fort; es ist fast so, als ob sie zu sich selbst spräche: "Als ich meine Tochter, die schwer leidend im Krankenhaus liegt, besuchte, zeigte sie mir eine Zeitungsnotiz und sagte: "Mutter, sind das die Gontards, die da Hochzeit feiern?" Am andern Tage besuchte ich Walter in Moabit. Er war ganz niedergeschmettert, denn er hatte eben die Nachricht bekommen, dass er wieder ins Zuchthaus Brandenburg zurück müsse. Da reifte in mir der Entschluss, in die Kirche zu gehen und von Herrn von Gontard meinen Sohn zurück zu fordern!"

Als die Glocken läuteten...

"Als ich kam, standen schon eine Anzahl Neugierige vor der Kirche. Der Wagen, in dem Herr und Frau von Gontard sassen, fuhr so scharf an mich heran, dass ich fast umgestossen wurde. Dann gingen sie hinein. Ich folgte ihnen, drängte mich nach vorn und erwischte einen Platz dicht neben Herrn von Gontard. Als die Glocken läuteten, hielt ich es nicht mehr aus, stürzte auf die Strasse und wartete... Bald war die Trauung zu Ende. Gontards waren schon eingestiegen, als ich auf das Trittbrett sprang und dem Mann entgegenschrie "Sie kommen aus einem Got-

teshaus, Herr von Gontard, geben Sie der Wahrheit die Ehre! Sechs Jahre schon schmachtet mein Sohn im Zuchthaus!" Herr von Gontard wurde ganz bleich und fiel in den Wagen zurück, während mich seine Frau mit einem Blick ansah, aus dem tiefstes Verstehen und tiefstes Mitleid sprachen. Ich werde diesen Blick nie vergessen! Mein Sohn Hans sprang herzu, riss mich zurück und rief Herrn von Gontard noch zu: "Das ist Ihr Werk!" Dann weiss ich nicht mehr, was geschah. Mein Sohn und ein Polizeibeamter haben mich jedenfalls in meine Wohnung zurückgefahren. Herr von Gontard aber erzählte am Abend bei der Hochzeitsfeier, dass sich eine Wahnsinnige vor sein Auto geworfen hätte. - - "

Ins Zuchthaus zurück!

Dann berichtet die Greisin von ihrem Abschiedsbesuch bei ihrem Sohn im Moabiter Gefängnis. "Er war seelisch völlig gebrochen und ist gänzlich deprimiert. Er hatte doch im Stillen gehofft, Weihnachten wieder bei uns sein zu können... "Walterchen", habe ich zu ihm gesagt, "ich werde Dich Weihnachten in Brandenburg besuchen. Wir komme alle". Aber er sagte unter Tränen: "Ich will von nichts mehr wissen. Ich bin am Ende meiner Kraft." Er lehnt alle Post und auch die Zeitungen ab, die wir sonst immer schicken durften."

"Mutter, ich bin unschuldig!"

Die Greisin kann sich kaum beruhigen. Sie erzählt von jenem entsetzlichen Tage, da ihr Walter aus der Wohnung heraus verhaftet wurde und wo er ihr im Beisein der Kriminalbeamten zurief: "Mutter, ich bin bestimmt unschuldig! Das ist der Racheakt des Herrn von Gontard!" Walter Bullerjahn war der Ernährer der Familie. Seitdem er in Haft ist, lebt sie in ständiger Not. Nun befürchten alle das Schlimmste, weil sein Gemütszustand durch die schweren Erschütterungen der letzten Tage zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass gibt.

Bredt-Werner-Joel.

Rudolf, der älteste Sohn, spricht über Herrn von Gontard, auf dessen indirekte Aussage hin Bullerjahn verurteilt wurde. Es sind Worte voller, berechtigter Bitterkeit. "Warum reagiert er auf nichts? Warum hat er nichts von sich hören lassen?! Wenn er so unbeteiligt ist, wie er immer behauptet, wieso tritt er dann nicht für einen unglücklichen Menschen ein, der nichts anderes als Gerechtigkeit verlangt? Aber wir alle glauben, dass er die Wahrheit fürchtet und an dieser Furcht des Herrn von Gontard wird mein Bruder zu Grunde gehen!" Bekanntlich ist an Bullerjahn eine Art Wortbruch verübt worden. Reichsjustizminister Bredt hatte seinerzeit Bullerjahns Verteidiger, Dr. Rosenfeld, versprochen, dass sein Klient im Moabiter Gefängnis bis zur endgültigen Entscheidung des Reichsgerichts verbleiben werde und nicht ins Brandenburger Zuchthaus zurück müsse. Als Bredt jetzt zurücktrat, hat Oberreichsanwalt Werner die Situation ausgenutzt und mit Hilfe des reaktionären Staatssekretärs Joel Bullerjahn wieder ins Zuchthaus zurückgebracht. Uebrigens rühmen die Bullerjahns sämtlich die humane und verstehende Behandlung, die Walter sowohl in Moabit als auch in Brandenburg erfahren hat.

Ist Binz der Verräter?

"Der Schuldige ist ja bekannt, aber der Reichsanwalt lässt sich nicht erweichen-" erklärt zum Schluss noch Frau Bullerjahn. "Mein Sohn hat ihn im Zuchthaus Sonnenburg beim Tütenkleben kennen gelernt; es ist ein Ingenieur Binz aus Basel, der schon wegen Spionage vorbestraft ist, sich aber bereit erklärt hat, der Wahrheit die Ehre zu geben, um meinen Sohn zu retten. Er verlangt freies Geleit und hat sich seinerzeit an den verstorbenen Paul Levy gewandt und ihm klipp und klar erklärt, dass er den Verrat gegen Bezahlung begangen habe. Aber die da oben wollen es nicht hören, wenn auch dabei eine ganze Familie ruiniert wird -!"

Ein Händedruck. Draussen, in der schon dämmerigen Winterfeldstrasse, braust das Leben vorüber. Das Leben in Freiheit.

K.K.B.

+ + +

Ermordete Theaterkassierererin. In Brieg bei Breslau wurde die Kassierererin des dortigen Stadttheaters, ein 42 Jahre altes Fräulein Wally Dietrich, vor der Tür ihres Hauses erschossen und ihrer Aktentasche beraubt, die die Summe von 1530 Mark enthielt. Der Raubmörder entkam, es soll sich um einen 25 bis 30 Jahre alten Mann handeln. Für seine Ergreifung sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt

+ + +
Ein Geisterschiff. Ein französischer Zweimaster schleppte in den Hafen von St. Helier ein unbemanntes Segelschiff ein, das auf dem Atlantischen Ozean herumreibend entdeckt wurde. An Bord des menschenlosen Schiffes, das die Mannschaft des französischen Zweimasters enterte, weil auf keinerlei Anruf geantwortet wurde, wurden noch reich gedeckte Tische vorgefunden. Alle Nachforschungen nach der Besatzung des "Fliegenden Holländers" blieben bis jetzt erfolglos.

+ + +
Rheinischer Eierprozess. Im Wiederaufnahmeverfahren begann am Freitag vor dem Schöffengericht in Elberfeld die Verhandlung gegen den Eiergrosshändler Jürges, der vor einigen Jahren wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe, in der Berufungsverhandlung indessen nur wegen Anstiftung zum Betruge zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Von Anfang an bestritt Jürges jede Schuld an den ihm zur Last gelegten Straftaten und behauptete, durch die Treibereien einiger Angestellter, die er wegen Diebstahls hatte entlassen müssen, verleumdet worden zu sein. Jürges hatte in den Jahren 1923 bis 1925 etwa drei Millionen Eier nach Elberfeld eingeführt und stellte von Zeit zu Zeit Schadenersatzansprüche wegen beschädigter Sendungen an die Reichsbahn. Eines Tages lief bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige ein, in der es hiess, dass bei der Schadensfeststellung Betrügereien vorgekommen seien. Jürgens solle die mit der Schadensfeststellung beauftragten Angestellten ersucht haben, die Kisten so zu beklopfen, dass noch weitere Eier zerschlagen würden und ein noch grösserer Schadenersatz von der Bahn erlangt werden könne.

Der erste Prozesstag war mit der Verlesung der erstinstanzlichen Urteile und dem Beginn der Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt.

+ + +
Kein neuer Nachterstedt-Prozess. Der wegen Mangels an Beweisen am 30. Oktober durch das Schwurgericht Halberstadt erfolgte Freispruch des Nachterstedter Bademeisters Koch, der der Ermordung des Fabrikdirektors Kramer angeklagt war, ist nunmehr rechtskräftig geworden, da der Staatsanwalt die nach dem Urteil eingelegte Berufung zurückgezogen hat.

+ + +
Zuchthaus für einen Erpresser. Vom Schöffengericht Charlottenburg wurde der der Erpressung angeklagte Fritz Pallenberg zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Pallenberg ist der unheimliche Unbekannte, der wiederholt den bekannten Trabrennfahrer Johnny Mills mit dem Tode bedroht hat, falls dieser ihm nicht 5000 Mark aushändige. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, dass er sich zu seinen Erpressungsversuchen habe verleiten lassen, weil er durch verschiedene Versager von Mills Pferde sein Geld verloren habe.

+ + +
Die "Baden" in Hamburg. Der während der brasilianischen Revolution am 24. Oktober vor Rio de Janeiro beschossene Hapag-Dampfer "Baden" ist in Hamburg eingetroffen.

+ + +
Schwere Explosionskatastrophe. In El Aceituno (Guatemala) ereignete sich eine Pulverexplosion. Acht Soldaten wurden getötet, eine grössere Anzahl schwer verletzt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Wie lange noch?

SPD. Ein grausames Spiel ist's - das Spiel mit dem Preis- und Lohnabbau. Wie lange wird man noch darauf warten müssen, bis endlich wenigstens sich gewisses Gleichmass zwischen diesen beiden Abbauaktionen der Reichsregierung hergestellt ist? Der Lohnabbau schreitet munter vorwärts. Beim Preisabbau heisst's: Immer langsam voran, damit der Interessenten-Landsturm nachkommen kann.

In der Reichsregierung bekommt man jetzt allmählich ein Gefühl für das Peinliche dieser Sachlage, und der Reichskanzler hat daher am Freitag im Reichstag selbst auf die mit dieser Sachlage verbundenen Gefahren hingewiesen. Er betonte, dass das Publikum naturgemäss bei einer weiteren Verschleppung der Preisabbauaktion mit seinen Einkäufen zurückhalte, was zu einem unternormalen Umsatz im Einzelhandel und damit zu einer neuen Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen müsse.; die Reichsregierung werde daher, wenn die Preissenkung ihr Ziel erreicht habe, öffentlich davon Kenntnis geben, einstweilen sei dieses Ziel jedoch noch nicht erreicht. Der Reichstagsbericht meldet, dass das Haus diese Darlegungen des Kanzlers mit Heiterkeit beantwortete. Man kann ihm das nicht verdenken; denn die Preisabbauaktion ist eine Preisabbautragikomödie geworden, bei der man nicht weiss ob man lachen oder weinen soll.

Beim Lohnabbau haben wir es dagegen mit einer reinen Tragödie zu tun. Hier gibt es nichts zum Lachen. Hier herrscht grausiger Ernst. Die Schlichter haben alle Hände voll zu tun, bis sie die Wünsche der Unternehmer erfüllen. Auch hier heisst es: Der Appetit kommt beim Essen. Die Tarifkündigungen von Seiten der Unternehmer häufen sich immer mehr. Bis zu dem Berliner Metallschiedsspruch waren in der Metallindustrie 157 Verträge mit 291 000 Leuten gekündigt worden. Davon entfielen auf den Deutschen Metallarbeiterverband 67 und auf die Unternehmer 90. Nach dem Berliner Metallspruch wurden 35 Verträge mit den 186 000 Leuten gekündigt. Diese Kündigungen entfallen fast alle auf die Unternehmer. Das ist nur die Metallindustrie. Wie die Chronik des Lohnabbaus zeigt, haben die Unternehmer in allen Lagern die günstige Gelegenheit, die ihnen der Lohnabbauchiedsspruch der Berliner Metallindustrie geschaffen hat, kräftig wahrgenommen. Die Lohnabbauforderungen hageln nur so auf die Arbeiterschaft hernieder. Und wie könnte es anders sein, wenn man in Deutschland von amtswegen den Lohnabbau betreibt.

Abgesehen von Mussolinien rast der Lohnabbau in keinem Land so hemmungslos - und man darf wohl sagen - so sinnlos wie bei uns, Auch in Amerika gibt es eine Wirtschaftskrise und auch in England. Bis jetzt hat man aber nichts davon vernommen, dass in diesen beiden Ländern, die als Hauptkonkurrenten für Deutschland in Frage kommen, in erster Linie mit Lohnabbau das grosse Uebel der Zeit, die Arbeitslosigkeit, behoben werden soll. Wir sagen nicht, dass in diesen beiden Ländern überhaupt kein Lohnabbau existiert. Allein der auch in ihnen tatsächlich vorhandene Lohnabbau hält sich noch einigermaßen in vernünftigen Grenzen, soweit im kapitalistischen Wirtschaftssystem Vernunft möglich ist. Jedenfalls haben wir bei den Hauptkonkurrenten Deutschlands keinen amtlichen Lohnabbau. In Amerika hat die Regierung beim Ausbruch der Krise an die Arbeitgeber die Mahnung gerichtet, von jedem Lohnabbau Abstand zu nehmen, um die Kaufkraft der Massen nicht zu schwächen. Diese lohnpolitische Linie ist, soweit man sieht, bis jetzt drüben nicht verlassen worden. Ebenso ist in England weder von einem amtlichen noch von einem allgemeinen Lohnabbau die Rede. Wie die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer ausdrücklich hervor-

hebt, ist in England von der Parole eines systematischen Abbaus der übertariflichen Verdienste nichts zu hören, und die Entwicklung der Tariflöhne in den ersten 10 Monaten dieses Jahres gibt der Gewerkschaftszeitung Anlass zu folgender Feststellung: "Bei 1,7 Millionen Personen fand eine Lohnsteigerung, bei 1,8 Millionen eine Lohnsenkung statt. Im grossen und ganzen überwiegen die Lohnsenkungen um rund 60 000 Pfund Sterling in der Woche die Lohnzulagen, was eine allgemeine Lohnkürzung um etwa 0,3% bedeutet." Der Lohnabbau in England, so fährt die Gewerkschaftszeitung fort, findet seine Begründung meist im Rückgang der Lebensmittelpreise. Der Lebenshaltungskostenindex ist vom Januar bis Oktober um 4,5 v.H. gesunken. Das musste nach den englischen Tarifwesen eine fühlbare Herabsetzung der Lohnsätze in den Berufen zur Folge haben, deren Tarifvertrag inzwischen erneuert wurden. Darüber hinaus finden in England nur die üblichen Lohnschwankungen statt je nach der Lage und dem Kräfteverhältnis in den verschiedenen Berufen. Von einem allgemeinen gewaltsamen Lohnabbau, von einem amtlichen Lohnabbau ist in England keine Rede.

Wann werden bei uns in dem höchst gefährlichen Preis- und Lohnexperiment die massgebenden Stellen wieder zur Besinnung kommen? Zeit wäre es dazu, denn die Lohnabbauillusionen verwirren allmählich auch Leute, von denen man eine kühle und nüchterne Beurteilung der Dinge erwartet. So hat z.B. vor kurzem auch der preussische Finanzminister in einem Artikel über den preussischen Haushalt bei der Erörterung des Abbaus der Gehälter und Löhne ohne weiteres auch einen Abzug der Arbeiterlöhne um 6% in Rechnung gestellt. Die preussischen Verwaltungsarbeiter waren davon, wie uns aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, davon sehr wenig entzückt, denn die Löhne der ungelernten Arbeiter schwanken zwischen 29 und 36 Mark pro Woche und die des Handwerkers zwischen 35 und 42 Mark. Zu diesen Löhnen kommen Abzüge für Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung und Ruhelohnversorgung bis zu 5 Mark pro Woche, sodass der tatsächliche Nettolohn sich zwischen 26 und 37 Mark bewegt. Wer bei solchen Hungerlöhnen sich noch für einen 6%igen Lohnabbau einsetzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn bei jeder Wahl, die seit dem 14. September vor sich ging, die nationalsozialistischen Stimmen zunehmen.

Im Gegensatz zu dem preussischen Finanzminister hat der Ministerpräsident Braun vor kurzem in Essen nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Aktion des Reichskabinetts nicht zur Verelendung der Massen führen dürfe. Er hat Grenzen angedeutet.

Alles hat seine Grenzen. Wann werden endlich im Preis- und Lohnabbau klare und für die Massen erträgliche Grenzen abgesteckt?

SPD. Die Tarifgewerkschaften der Rheinisch-westfälischen Strassenbahner haben in gemeinsamer Sitzung beschlossen, den Schiedsspruch, der ab 1. Januar einen sechsprozentigen Lohnabbau vorsieht, abzulehnen.

SPD. Der vom Reichsarbeitsminister zur Lösung des Arbeitszeitkonflikts bei der Reichsbahn bestellte Schlichter Dr. Völkers-Bremen hatte am Freitag mit den beiden Parteien eine Vorbesprechung. Es handelte sich dabei nur um seine Informierung über den Sachverhalt. Die eigentlichen Schlichtungsverhandlungen beginnen Mitte der kommenden Woche.

SPD. Der preussische Gehaltskürzungsentwurf geht in der nächsten Woche an den Staatsrat und etwa 8 Tage später an den Landtag. Die Vorlage soll noch vor Weihnachten erledigt werden.

Banken contra Baisse.

Börsenbericht für die Woche vom 1. bis 6. Dezember.

SPD. Berlin, 6. Dezember 1930.

An der Börse hat sich das Ringen zwischen den Banken und der Baissespekulation verschärft. Die Banken mochten gerne für ihre Jahresschlussbilanzen bessere Kurse für die bei ihnen liegenden Effekten haben; die Baisse aber, die noch nicht an eine anhaltende Besserung der Kurse angesichts der wirtschaftlichen Krise glaubt, will keine Unterbrechung in der Abwärtsbewegung der Kurse. Keine der Parteien aber sieht den Augenblick gekommen, um mit ihrer Taktik entscheidend in den Vordergrund zu treten. Die Banken wissen nicht, ob nicht von Seiten der Politik oder durch Schwachwerden von Firmen unerwartet starkes Angebot herauskommt, was ihre Bemühungen zunichte machen müsste. Die Baisse kennt diese Vorsicht und hütet sich daher vor eiligen Deckungen, die nur Spesen kosten. Die Folgen sind wiederholte Kursschwankungen innerhalb weniger Tage, die der Börse wieder das Gesicht grösster Unsicherheit verleihen.

Am heftigsten waren die Schwankungen am Kalimarkt. Salzdetfurth zogen zunächst von 229 auf 244% an, waren dann aber am letzten Freitag, als die Mitteilung von dem stark rückgängigen Kaliabsatz vorlagen, bereits wieder bis 232,5% abgeschwächt. Sie büssten also ihren Gewinn von 15 Punkten bis auf einen kleinen Rest wieder ein. Die übrigen Werte dieses Marktes blieben naturgemäss nicht unberührt davon. So mussten Westeregeln, nachdem sie von 152,5 auf 158,5% gestiegen waren, wieder auf 153% und Aschersleben, die ihren Kurs von 149 auf 155% gebessert hatten, wieder auf 150,5% zurückgehen.

Nicht viel anders ging es am Elektromarkt den Siemensaktien. Sie erholten sich von 164 bis 172% und waren am Freitag dann bis 166,5 à 168% abgeschwächt. AEG, die nach 105,75% einen Kurs von 108,5% erreicht hatten, gingen auf 105,25% zurück. Direkt schwach lagen Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke (RWE), die von 144 auf 136% sanken und am Freitag mit 138,75% nur wenig davon wieder aufholten. Dagegen konnten Thüringer Gas-Aktien sich weiter befestigen und zwar von 135,25 bis 145%, da hier offenbar die Aufkäufe (der Preag?) anhalten.

Typisch waren vor allem die Bewegungen einiger der sogenannten Nebenwerte. An der Spitze wieder einmal Deutsche Linoleum, bei denen das Dunkel unvermindert anhält. Sie stiegen zunächst von 103,75 auf 112,25%, mussten aber schliesslich wieder auf ca. 107% nachgeben. Ähnlich ging es mit den Continentalen Gummiaktien. Ihr Kurs stieg von 115,75 bis 124%, um schliesslich wieder auf 119,25% zu sinken. Am schlechtesten haben in dieser Gruppe die Aktien der Polyphonwerke abgeschnitten, die anfänglich von 152% auf 158% stiegen, um aber bis Freitag auf 150,5% zurückzugehen.

Etwas besser sieht dagegen das Bild am Bankenmarkt aus, an dem, dank der Verankerung des neuen Reichsbankgesetzes durch die Notverordnungen, rege Nachfrage nach Reichsbankaktien einsetzte. Der Kurs stieg von 218 auf 233,5% und war am Freitag mit 229% nur wenig abgeschwächt, Auch die Danatbankaktie lag mit 154,5 nach 148% recht beachtlich fest.

Die Diskussionen um die Bier- und Schankverzehrsteuer machten sich am Spritmarkt insbesondere bei Schultheissaktien bemerkbar. Nach einer Befestigung von 170 auf 177% gaben sie wieder auf 173,25% nach. Ostwerke konnten einen Gewinn von 5 Punkten buchen (140 nach 135%).

Ganz geringfügig sind die Verschiebungen am Montanmarkt, mit Ausnahme der Ilseaktien, die von 161 auf 169% anzogen, nachdem sie aber noch vor wenigen Wochen etwa 220% notiert hatten. Etwa den Vorwochenstand behaupteten Kunstseideaktien nach einer vorübergehenden Befestigung, jedoch beobachtet man diese Bewegung skeptisch (Aku ca. 63,5%, Bemberg ca. 64,75%).

Das grösste Papier der Börse I.G. Farben hatte fast die uninteressanteste Kursbewegung aufzuweisen. Sie kletterten von 133,75 bis 136,75%, um dann auf 132,25 à 133,25% nur ganz minimal sich zu erholen. Dagegen entwickelte sich eine starke Sonderbewegung an einem sonst toten Markt, in den Aktien der Hamburg= südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, die nach den vorangegangenen starken Verlusten sich von 155,5 zeitweise bis 168,5% besserten und die Woche mit 165,25%, also einem mehr als 10 Punkte betragenden Wochengewinn, schlossen.

SPD. Die Hamburger Grosswerften haben in der anhaltenden Arbeitskrise des deutschen Schiffbaues im allgemeinen weit besser abgeschnitten, als die Bremer-Unternehmen. So kann die führende Hamburger Werft Blohm & Voss A.G. wie in den letzten Jahren eine Dividende von 5% zahlen. Der Betriebsüberschuss des Unternehmens ist sogar um rund 1 Million auf insgesamt 3,83 Millionen Mark gestiegen und trotz beträchtlicher Erhöhung der Abschreibungen liegt der ausgewiesene Reingewinn mit 575 000 Mark noch etwas über dem Stande des Vorjahres.

Allerdings war die Entwicklung bei Blohm & Voss im letzten Jahr durch die Fertigstellung des Riesendampfers "Europa" und den Umbau des "Columbus" und der vier Schiffe der "Albert Ballin"-Klasse besonders günstig beeinflusst, sodass die Belegschaft mit fast 10 400 Mann nahe an den Friedensstand herankam. Gegen Ende des Geschäftsjahres, also im Mai-Juni, setzte ein scharfer Abbau ein, der die Belegschaft unter 7700 herunterdrückte. Wenn auch durch Fertigstellung von Grossaufträgen der Bilanzposten "in Arbeit befindliche Schiffe" erheblich, von 60,5 auf 41,6 Millionen, gesunken ist, so bleiben die laufenden Arbeiten in Anbetracht der allgemeinen Schiffbaukrise doch beachtlich. Die pessimistisch gestimmte Verwaltung rechnet jedoch, wenn sich die Situation nicht ändert, mit einem grösseren Abbau von Arbeitern und Angestellten.

SPD. Das Kapitel Diktatur der Generaldirektoren wird um folgenden Fall vermehrt: Die Premag (Pressluftwerkzeug- und Maschinenbau A.G.-Berlin) wurde bis zum Jahre 1929 von ihrem Generaldirektor Bernigshausen beherrscht, der 60% des Aktienkapitals in der Hand hatte. Im vorigen Jahr verkaufte er seine Aktien zu einem überaus günstigen Kurs an einen amerikanischen Konzern. Inzwischen ist unter den Minderheitsaktionären eine Oppositionsgruppe entstanden und bei dieser Gelegenheit ist allerhand Erbauliches an den Tag gekommen.

So erfuhr man über die Geschäfte zwischen dem früheren Herrn Generaldirektor und seiner Aktiengesellschaft folgendes: Als er noch Generaldirektor war, nahm er bei seiner eigenen Gesellschaft ein Darlehn von 360 000 Mark auf bei einem Aktienkapital von 1,7 Millionen Mark. Die Gesellschaft verlieh also mehr als 20% ihres Aktienkapitals an ihren eigenen Generaldirektor für seine Privatgeschäfte (leider erfuhr man nicht, zu welchen Zinsbedingungen) und darüber hinaus noch weitere Beträge an einige Aufsichtsratsmitglieder. Das eigenartigste aber war, dass der Herr Generaldirektor, als er im Zusammenhang mit dem Verkauf seiner Aktien von seinem Posten zurücktrat und in den Aufsichtsrat eintrat, sich für den Rest seines Anstellungsvertrages eine Abfindung von 165 000 Mark, also nahezu 10% des Aktienkapitals bezahlen liess. Da sein Vertrag noch 3 Jahre läuft und seine Bezüge als Generaldirektor 60 000 Mark jährlich betragen, liess er sich also für nahezu drei Jahre das Gehalt weiterzahlen. Bei solchen Zuständen ist es kein Wunder, dass das Unternehmen, das in

seiner Branche führend ist, seit 1928 keine Dividende mehr ausschüttete und sein Aktienkurs verfiel.

Es wäre höchste Zeit, dass die Reichsregierung recht bald den längst fälligen und bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Aktienrechts den gesetzgebenden Körperschaften vorlegte, damit wenigstens derartigen offenkundigen Missbräuchen gesteuert werden könnte.

SPD. Der Kampf um das Farbensgesetz in England ist jetzt abgeschlossen worden. Das Unterhaus hat mit 255 gegen 225 Stimmen beschlossen, dieses berichtigte Gesetz nicht mehr zu verlängern. Es handelt sich bei diesem Gesetz um das Verbot jeglicher Farben- und Farbstoffeinfuhr nach England mit Ausnahme derjenigen Fabrikate, die in England überhaupt nicht oder nur zu ganz besonders teuren Preisen fabriziert werden. Von diesem scharfen Gesetz wurde naturgemäss die deutsche Farbensausfuhr besonders schwer betroffen.

Die Aufhebung dieser Einfuhrverbote ist ganz offensichtlich auf die scharfen Angriffe der englischen Verbraucher, besonders der britischen Textilindustrie zurückzuführen, die schon seit Jahren gegen die Monopolpreise des britischen Chemietrusts Sturm läuft. Bei der Abwehr konservativer Angriffe waren die Ausführungen des englischen Handelsministers Graham insofern bemerkenswert, als er auf die Möglichkeiten einer deutsch-englischen Farbenverständigung anspielte.

SPD. Die Notverordnung vom 1. Dezember enthält eine grosse Anzahl besonders zollmässiger Zugeständnisse an die Landwirtschaft. Die Grüne Front hat dem Kabinett Brüning trotzdem prompt erklärt, dass das nicht genüge. Auch während der Debatten im Reichstag hat man dem Kabinett bedeutet, dass man auf höhere Zölle bestehe. Die Grüne Front will es halt mit Zöllen machen. Darüber gerät der Agrarwagen immer mehr in den Sumpf.

Im rheinisch-westfälischen Industrierevier, einem der grössten Verbraucherbezirke, der dazu noch in bedenklicher Nähe des holländischen Konkurrenzgebiets liegt, hat man ganz planmässig den Versuch gemacht, den Absatz von deutschen landwirtschaftlichen Produkten zu fördern. Man wollte die Lösung "Deutsche kauft deutsche Ware" mit allen Mitteln in die Wirklichkeit umsetzen. Dabei machte man eigenartige Erfahrungen. Diese Erfahrungen sind von der Industrie und Handelskammer in Essen zusammengefasst worden und ergibt sich eine "wahrhaft erschütternde Liste". Wir erfahren, dass Treu und Glauben von den agrarischen Lieferanten meist nicht beachtet werden. Man wolle das Geschäft anstatt mit reellen kaufmännischen Grundsätzen mit Bauernschläue machen. Der Augenblicksvorteil entscheide, Kundentreue und Kontrakttreue fehlten, Ueberlistungs- und Täuschungsversuche seien an der Tagesordnung.

Man erzählt uns damit gar nichts Neues. Wir wissen das aus dem genossenschaftlichen Leben. Der Bauer ist in den meisten Fällen bereit, die guten Preise der Genossenschaften zu nehmen, wenn die Ware reichlich vorhanden ist. Wird die Ware knapp und kann er irgendwie auch nur einen Pfennig mehr bekommen, dann fragt er den Teufel um die getroffenen Abmachungen und verkauft seine Ware an den ersten besten Händler, auf den er sonst sehr antisemitisch zu schimpfen weiss.

Noch mehr interessieren die Erfahrungen, die man im Ruhrgebiet mit der Warenqualität machte. Bei Butter, Käse und Eiern reichte die deutsche Erzeugung zur Deckung der Nachfrage quantitativ nicht aus, geschweige denn qualitativ. Landwirtschaftliche Absatzorganisationen offerierten ihren Abnehmern ausländische und zwar ausgerechnet die von der Landwirtschaft so sehr verleumdete lettische Butter, während sie gleichzeitig öffentlich zum Bezug deutscher Pro-

dukte aufforderten. Der im rheinisch-westfälischen Industrierevier vor allem verlangte billige Goudakäse werde von den deutschen Käsereien noch kaum mehr hergestellt. Deutsche Kühlhaus- und Kalkeier fehlten völlig. Vor dem Osterfest versagte die Anlieferung von deutschen Eiern, weil die Eiersammel- und Vertriebsorganisation der Landwirtschaft in keiner Weise funktionierte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen - Ausnahmen sind Genossenschaften im Allgäu, in Oldenburg und Ostfriesland - lieferten die Absatzorganisationen ungenügende Qualitäten an Butter und Käse. Im Bericht der Industrie- und Handelskammer wird die erschütternde Feststellung getroffen: Weil genügende Mengen an guter Ware nicht zu erhalten sind, können die Vereinigten Werkskonsumanstalten, sofern sie nicht Auslandsware beziehen wollen, ihren Absatz an Butter, Käse und Eiern nicht im erwünschten Masse ausdehnen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass der Konsumverein Leipzig bei einer der vorletzten Reichstagswahlen vom Landbund als Landesverräterisch hingestellt wurde, weil er sich zum Bezug von dänischer Butter genötigt sah, da deutsche Produzenten nicht in der Lage waren, die von den Käufern verlangte einheitliche und gute Ware zu liefern.

Die Industrie- und Handelskammer in Essen hat die "erschütternde Liste", aus der wir einiges mitgeteilt haben, dem Reichsernährungsministerium übermietet. Der Reichsernährungsminister Schiele hat darauf bis heute nicht geantwortet. Man hat ja auch was anderes zu tun. Man ist genügend dadurch beschäftigt, neue Zölle und neue Beimischungszwänge auszutifteln. Währenddessen vollzieht sich das Schicksal der deutschen Landwirtschaft, weil diese nicht vernünftig zu produzieren vermag.

SPD. Das Reichsfinanzministerium weist für den Monat Oktober im ordentlichen Etat einen Ueberschuss von 105,6 Millionen und im ausserordentlichen Etat ein Defizit von 9,2 Millionen Mark aus.

Im ordentlichen Etat beträgt das Defizit in der Zeit von April bis Oktober 1930 = 349,1 Millionen Mark. Dazu kommt ein Defizit aus den Vorjahren in Höhe von 115 Millionen Mark (465 Millionen Fehlbetrag abzüglich 350 Millionen ausserordentliche Tilgung der schwebenden Schuld). Es verbleibt demnach für Ende Oktober 1930 im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 464,1 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Haushalt besteht aus dem Vorjahr ein Fehlbetrag von 771,7 Millionen. Das Defizit verringert sich durch Ueberschuss in der Zeit von April bis Oktober um 463,7 Millionen.

Das Gesamtdefizit für den ordentlichen und ausserordentlichen Etat macht danach für Ende Oktober 772,1 Millionen Mark aus.

Die schwebende Schuld hat sich von Ende September bis Ende Oktober von 1309,6 Millionen auf 1259,7 Millionen Mark verringert.

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft konnte im Monat November 2371 Neuaufnahmen vollziehen, womit sich ihr Mitgliederbestand über die Zweihunderttausendgrenze auf 201 937 erhöht. Im Umsatz ergibt sich für November zum ersten Mal seit 1927 ein Rückgang und zwar bleibt der Gesamtumsatz mit 6,627 Millionen Mark um 8,9% hinter den November des Vorjahres zurück. Die Berliner Konsumgenossenschaft führt das darauf zurück, dass der November 1930 nur 24 Verkaufstage (November 1929=25) hatte. Weiter dürfte die Wirtschaftskrise und der Preisrückgang für eine erhebliche Zahl von Waren eine Rolle gespielt haben. Der Umsatz der Fleischabgabestellen hat sich auch wertmässig zu erhöhen vermocht und zwar um 17,7%. Die Sparkasseneinlagen steigerten sich um 664 000 Mark auf 48,42 Millionen Mark.

weiter abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 5. Dezember)

SPD. Auch an der Berliner Produktenbörse am Freitag herrschte leicht abgeschwächte Stimmung. Die Notierungen am Markete der Zeitgeschäfte lagen schon bei Eröffnung etwas niedriger und schwächten sich im Verlaufe der Börse für Roggen noch weiter ab. In prompter Ware hat das Angebot etwas zugenommen, jedoch hielten sich aus den verschiedensten Gründen gleichzeitig die Käufer sehr zurück, namentlich, weil das Mehlgeschäft sehr viel zu wünschen übrig lässt. So konnten bei den wenigen Geschäften, die in Weizen und Roggen zustande kamen, die letzten Preise nicht voll erzielt werden. Auch am Mehlmarkt herrschte grössere Stille. Die Mühlen zeigten sich bei ihren Forderungen etwas entgegenkommender, ohne dass sich jedoch Umsätze über den dringendsten Tagesbedarf hinaus erzielen liessen. Hafer hatte stetige Tendenz bei ziemlich stillem Geschäft. Gerste konnte ihren Preisstand behaupten.

	4. Dezember	5. Dezember
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 252	249 - 250
Roggen	156 - 157	154 - 155
Braugerste	204 - 224	204 - 224
Futter- und Industrierogerste	190 - 195	190 - 195
Hafer	140 - 147	140 - 146
Weizenmehl	29,25 - 37,00	29,25 - 37,00
Roggenmehl	24,25 - 27,15	24,00 - 27,00
Weizenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember $261\frac{1}{2}$ (Vortag $261\frac{1}{2}$), März 274 (275), Mai 284 und Brief ($284\frac{1}{2}$). Roggen Dezember $174\frac{1}{2}$ - 174 ($175\frac{1}{2}$) März $185\frac{3}{4}$ - $185\frac{1}{4}$ (186), Mai 191 - $190\frac{1}{2}$ ($191\frac{1}{2}$). Hafer Dezember 157 - $157\frac{1}{2}$ ($156\frac{1}{2}$), März 169 - 168 Brief (169), Mai 178 ($179\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(5. Dezember)

SPD. Im Gegensatz zum Dienstagsmarkt war der Auftrieb an Schweinen am Freitag zu klein. Allerdings zeigte sich auch teilweise lebhaftere Nachfrage. Die Verkäufer konnten so um 2 bis 3 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht mehr erzielen. Auch der Rindermarkt hätte besser beschickt sein können. Auf dem Kälbermarkt war dagegen genügendes Angebot vorhanden. Im grossen und ganzen konnten die letzten Preise behauptet werden. Bei ruhiger Tendenz gingen auf dem Hammelmarkt die letzten Preiserhöhungen verloren.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark :
Kühe: a) 42 - 46 (voriger Markt 40 - 44), b) 32 - 39 (30 - 37), c) 27 - 30 (26 - 29), d) 22 - 26 (20 - 25). Kälber: a) - (-), b) 70 - 80 (70 - 80), c) 60 - 70 (60 - 71), d) 40 - 55 (40 - 55). Schweine: a) (über 300 Pfund) 62 - 64 (60), b) (240-300 Pfd.) 62 - 64 (58 - 61), c) (200-240 Pfd.) 62 - 64 (58 - 61), d) (160 - 200 Pfd.) 60 - 61 (56 - 58), e) (120-160 Pfd.) 56 - 57 (53 - 55), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 55 - 56 (53).

Kunst und Wissen

U N T E R R I C H T U N G S B E I L A G E D E R S S P D

Berlin, den 5. Dezember 1930

S.M.Zufall.^x

SPD. Heute, da Herbert Braunfels einer unsrer namhaftesten Dramatiker ist, ein Dichter von ganz unumstrittener Bedeutung, - da seine Werke längst alle Bühnen des Reiches sich erobert haben und dem Namen ihres Schöpfers weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Lorbeern brachten, - heute ist es wohl schon erlaubt die sonderbare Begebenheit zu erzählen, die den Ruhm dieses Dichters begründet hat. Sie knüpft an sein bedeutendstes Werk an, seine erste Arbeit, die dem das grosse Glück brachte: - das Drama "Der Cyclop"... Und dieser Aufstieg begann unter der Herrschaft Seiner Majestät des Zufalls; - wie in so vielen Fällen!..

Herbert Braunfels hatte die unübersehbare Reihe seiner nie veröffentlichten Dramen durch das grosse Werk "Der Cyclop" gekrönt. Allein auch dies Bühnenwerk verstaubte, - teils in den Kehlen seines Verlegers, teils in jenen der Direktoren. Zu jener Zeit nämlich - es ist ja schon sehr lange her! - spielten die Theaterdirektoren durchaus nur Kassenstücke, während sie sich ja in unsern Tagen ausschliesslich von den lautersten und ideellsten Motiven leiten lassen... Und da "Der Cyclop" ein reines Kunstwerk war, so liessen es die Theaterleiter ruhig ein Kunstwerk bleiben, erkannten die hohen Qualitäten des Werkes des Dichters an und hüteten sich vor einer Annahme.

Auch der Direktor der Deutschen Schaubühne, Benjamin Kohler, hatte das Drama vom Verlag zur Prüfung zugesandt erhalten. Er liess es einige Jahre auf den verschiedensten Pulten seines Büros umherwandern und schrieb dann nach einer ebenso höflichen wie zarten Mahnung der Verlagsfirma einen Brief, der über das Werk anerkennend und objektiv berichtete. Das konnte er umso leichter, da er wirklich unbeeinflusst war, denn er hatte das Werk nie gelesen. Zugleich lehnte er die Aufführung mit höflichem Bedauern ab.-

Zu dieser Zeit hatte er eine wichtige Reise zu unternehmen. Vor ihrem Antritt legte er das Bühnenmanuskript des "Cyclop" auf die Büchersäule jener Manuskripte, die mit Dank und mit Bedauern zurückgesandt werden sollten.

Am Bahnhofe verabschiedete er sich von Bertram, dem Oberspielleiter. Schon im Waggon rief er zum Fenster hinaus, der Oberregisseur möge unbedingt am nächsten Morgen mit den Proben zu dem Stück da beginnen, - zu dem, - na, - wie heisst es nur...? "Sie wissen doch, Bertram, ich meine-" - Und Bertram winkte ihm bejahend zu, da der Zug aus der Halle rollte: "Ja, Direktorchen, ich weiss Bescheid..." Der Direktor schrie noch zurück: "Das Manuskript habe ich auf meinen Tisch gelegt, - ganz zu oberst, - auf meinen Schreibtisch..."

Zu eben dieser Stunde war Frau Bohnemichel, die Reinemachefrau, mit dem Aufräumen im Direktionsbüro beschäftigt. Sie war übler Laune, weil der Direktor wieder einmal verreiste, ohne die geforderte Lohnerhöhung bewilligt zu haben. In Selbstgespräche vertieft wischte sie den Staub vom Schreibtisch und liess ihrer Energie freien Lauf. Dabei warf sie einen mächtigen Stoss von Schriftstücken auf den Fussboden. Sie hob die Papierleiber wieder auf, und da sie sich entsann, zu oberst ein Buch mit rotem Umschlage gesehen zu haben, legte sie ein solches wieder an die gleiche Stelle.

Tags darauf holte sich Bertram das Buch. Er war sehr verwundert; er hatte den Titel dieses Stückes noch nie gehört. Als er den Dramaturgen fragte, meinte dieser: "Ach ja, - "Der Cyclop", - das ist ein Drama von dem... wie heisst er nur... Sie wissen doch..." - "Gewiss, ich weiss es!" sagte Bertram. Denn am Theater weiss jeder alles.-

Als der Direktor zwei Wochen später zurückkehrte, war seine erste Frage, wie denn die Proben für diesen Schwank "Die Nachtfee" gingen. Bertram fand die Frage sehr originell: "Meinen Sie wirklich, dass man das Drama umtaufen und es als Schwank spielen soll? Die Idee ist nicht schlecht..."

Da wurde der Direktor blass. Er stürzte auf die Bühne, auf der eben die Generalprobe abgehalten wurde. Er sann nach... hatte ihn sein Gedächtnis denn so getäuscht? Es kam ihm vor, als wäre "Die Nachtfee" gar kein Schwank, als sei es da oben auf der Bühne ein Drama..Aber vielleicht war das ein Irrtum. So genau kann man das ja garnicht feststellen. Und dann: wozu, weshalb? -

Die Uraufführung brachte einen sensationellen Erfolg. Presse und Publikum waren hin- und hergerissen. "Der Cyclop" - so hiess es - sei das stärkste Theaterstück der letzten Dezennien.

Der Autor dankte dem Direktor auf den Knien. Dieser wehrte bescheiden ab: "Nur kein Dank, mein Lieber Freund! Lassen Sie das, bitte, küssen Sie nicht den Saum an meinem Frack, - es genügt, wenn Sie meine Hände...aber bitte...keine Ursache...wissen Sie, bei mir kommt es nur immer auf meine Ueberzeugung an. Wenn ich einmal für ein Werk entscheide, dann setze ich mich auch voll und ganz dafür ein...da scheue ich keine Opfer...."

Das Stück wurde dreihundertsiebenundneunzigmal in ununterbrochener Folge gegeben; an Sonntagen zweimal. Ebenso oft liefen Mahnungen vom Verleger des Schwanks "Die Nachtfee" ein.

Da überraschte der Direktor eines Abends seine Aufwartefrau, als sie eben wieder eine Büchersäule umwarf und einige Werke durcheinanderflogen. Er beobachtete sie scharf. Sie legte vorsichtig wieder ein Werk zu oberst, - eines, ähnlich jenem, das dort gelegen hatte. Ausserlich natürlich; das Innere ist ja auch wirklich bedeutungslos.

Benjamin Kohler engagierte die Dame als erste Dramaturgin. Und zu Bertram sagte er: "Ja, mein Lieber, - das werdet Ihr nie von mir lernen: - nämlich den richtigen Instinkt! Die Witterung! Auf die kommt es an! Das ist die einzig wahre Kunst am Theater!..."

Frank Arnau.

Der "Heilige Berg" der Lasen.^x

SPD. Vom Baltasch=Pass kommend tauchen wir in dem dicken Nebel des breiten Tales unter, in dem das Gebirgsdorf Hemshin liegt. In diesem letzten Ort vor unserm Standlager in den Bergen versuchen wir, unsern mittlerweile ziemlich zusammengeschmolzenen Proviand zu erneuern. Doch ausser den Produkten der Milchwirtschaft ist bei der ärmlichen Bevölkerung wenig zu kaufen. Von einem Hirten auf der Alm Verschenbek=Jaylasi kaufen wir deshalb einen fetten Hammel, der unsere magere Koste etwas bereichern soll. Dann steigen wir das letzte Stück aufwärts, bis nach einem See, der am Fusse des Katschgar=Dag liegen soll, wo unser Leiter das Standlager errichten will. Zwar sträuben sich die Treiber, mit ihren Pferden den steilen Weg durch die Felsen zu nehmen. Aber durch eine Extrabelohnung und die Aussicht auf die nächsten Ruhetage ermuntert, bringen sie die straukelnden Pferde glücklich durch die Klippen, indem sie die Tiere am Schwanz zurückreisen, wenn sie in allzu gefährliche Stellungen geklettert sind. Für uns hängt viel davon ab, das Höhenlager so nahe wie möglich an "unsern" Berg heranzubringen, denn desto leichter wird der Ansturm, und umso besser können wir mit dem Fernglas die genaue Anstiegsroute festlegen.

Am späten Nachmittag erreichen wir den grünlich schimmernden See. Nach der Uebung während der vielen Nachtlager in den vorhergehenden Tagen sind die Zelte schnell aufgeschlagen. Zum Schütze gegen den aus dem Hochlande von Armenien über das Gebirge brausenden Wind und die plötzlich auftreibenden starken Regen-

güsse werden noch besondere Gräben um die Zeltwände aufgeworfen. Dann kann der Einzug beginnen. Die Pferdelaisten werden ausgepackt, und jeder Einzelne empfängt das ihm gehörige Gut, das er nicht selbst im Rucksack getragen hat. Bald fühlen wir uns selbst in diesen wackligen Wänden wie zu Hause. Die Küchengruppe errichtet einen windgeschützten Kochplatz. Schon hat der Hammel unter den Messern der Treiber, die sich abseits aus ihren Ziegenhaardecken ein Lager gebaut haben sein Leben ausgehaucht.

Doch für die unermüdblichen Bergsteiger gibt es zunächst kein Ausruhen und Geniessen. Denn vor ihren Augen, in allernächster Nähe, liegt das grosse Ziel, der Katschgar-Dag, von dem uns die Eingeborenen erzählt haben, dass seine Geister uns Alle zerstören würden, wenn wir versuchen wollten, seinen heiligen Gipfel zu ersteigen. Es ist kein Wunder, dass diese primitiven Menschen sich die unheimliche Bergwelt von Ungeheuern belebt denken. Schon von hier aus hört man manchmal dumpfen Steinschlag durch die Felsenrinnen herniederdonnern. Es wird ein gefährliches und schweres Stück Arbeit sein, in diesem durch schnelle klimatische Aenderungen total bröckeligen und keinen festen Halt bietenden Gestein, das keine Sicherungen und Haken hat, wie die meisten unsrer Alpenberge, auf unbekanntem Wege in die Höhe zu klettern. Trotzdem wollen zwei unsrer Münchener Bergsteiger schon in dieser Nacht zu einem ersten Anstieg aufbrechen. Mit dem Fernglase suchen sie eben die Felswände nach einer günstigen Route ab. Alle modernen technischen Hilfsmittel, die dem Bergsteiger heute zur Verfügung stehen, liegen bereit. Zbarskyzeltsack, Kletterschuhe, Mauerhaken und Hammer liegen neben Bussole und Höhemesser im Rucksack. Für alle Notfälle werden noch Anstiegszettel und Signallichter mitgenommen, um etwa notwendige Hilfe schnell herbeiholen zu können. Trotzdem würde hier eine Rettung aus bedrohlicher Lage nur sehr schwer möglich sein. Deshalb muss sehr vorsichtig und vor allen Dingen mit der nötigen Ruhe und Bedächtigkeit zu Werke gegangen werden.

Sehr früh herrscht bereits Ruhe im Lager. Es ist kaum dunkel - nach europäischer Zeit erst etwa halb sieben Uhr. Was wird der nächste Tag bringen?

Um zwei Uhr nachts rasselt der Wecker. Ein Kopf schaut prüfend aus der Zeltwand: es ist zwar noch dunkel, aber hell glitzern die Sterne, und kein Wölkchen ist am Himmel zu sehen. Also auf! Die Nachtwache reicht den Beiden einen Schluck von dem bereitstehenden Tee und wünscht ihnen viel Glück. Dann verhalten die Schritte auf dem weichen Wiesenboden. Doch schon nach ein paar hundert Schritten beginnt das Steigen durchs Geröll. Unheimliche Massen sind in diesem Kessel von den umliegenden Bergen zusammengerollt. Unter den riesigen Kolossen gurgelt gespenstisch ein unsichtbarer Bach. Hell klingen die Spitzen der Eispikettelel suchend von einem Felsblock zum anderen. Dieses unsichere Tasten dauert mehrere Stunden, bis der helle Morgen anbricht. Der Himmel färbt sich vom Violettblau in fahles Rot. Endlich erscheint die Sonne auf den Bergspitzen, steigt langsam an den Wänden herunter und erreicht allmählich auch uns. Nun sehen wir, dass wir schon garnicht mehr weit von der Scharte entfernt sind, wo die eigentliche Kletterei beginnt. Noch ein paar lange Spitzkehren, und wir sind oben am Ausgangspunkte der Südwestflanke des Katschgar-Dag, über die der Anstieg gehen soll.

Kurze Ruhepause. Höhenfutter: Tee, Schokolade, trockene Brotfladen und Dörrobst. Dann ziehen die beiden Münchener zu ihrem Kampfe gegen den Berg los. Der schwere Rucksack bleibt hier unten. Nur das Notwendigste wird mitgenommen, darunter Photo und Zelt. Das Seil verbindet die beiden Freunde, und nirgends wird wahre Kameradschaft besser geprüft als bei einer schwierigen Klettertour. Zunächst entschwinden die Beiden unsern Blicken. Wir bleiben auf der Scharte und beobachten den Aufstieg mit dem Fernrohr. Erst nach einer uns allzu lang erscheinenden Zeit des unruhigen Wartens tauchen sie wieder hinter einem Felsvorsprung auf, jetzt schon wie kleine Fliegen an die Wand geklebt. Durch das Glas können wir beobachten, wie sie sich langsam hocharbeiten. Während der Eine an einem festen Stande seinen Kameraden sichert, versucht dieser, in dem brüchigen Gestein einen festen Griff zu bekommen und sich, an den Fels anschmiegend, hoch-

zuziehen, bis das Seil zu Ende ist. Dann lässt er den Andern nachkommen. Sie halten auf einen breiten Riss vor dem Gipfel zu, durch den sie wahrscheinlich hochklettern wollen.

Darin verschwinden sie nun für eine uns unheimlich lang erscheinende halbe Stunde. Als wir sie wieder sehen, senden wir einen lauten Freudenschrei hinauf. Aber niemand antwortet. Nur ein dumpfes Grollen eines fernen Steinschlages ist zu hören. Nun umgehen sie den Gipfel, um anscheinend von hinten gegen ihn anzustürmen. Wird es ihnen gelingen? Wir werden ungeduldig auf unserm Beobachtungsort. Eine Stunde vergeht. Von hier unten kann man kaum die Entfernungen und Schwierigkeiten übersehen, mit denen die Wagemutigen zu kämpfen haben. Wir denken deshalb, sie sind vielleicht schon auf einem anderen Wege wieder zurückgekehrt, um in den nächsten Tagen eine andere, bessere Route zu gehen, die sie auf der anderen Seite entdeckt haben, als plötzlich von oben ein lautes Gejodel herunterschallt. Doch es ist noch nichts zu sehen. Da taucht auf einem Felsblock ein winziges Pünktchen auf. Sie haben das erhabene Ziel erreicht, im friedlichen Kampfe gegen die Schranken der Natur gesiegt. Jetzt können wir beide Gestalten sehen, besonders den weissen Hut des einen Ameraden. In vielstimmigem Geschrei erwidern wir ihren Gruss, und selbst tief unten im Lager scheinen sie jetzt aufmerksam geworden zu sein, denn auch von dort dringt vom Winde getragenes "Heijoh.." herauf. Ueber dem Gipfel kreisen verwundert ein paar riesige Adler. Niemals zuvor wird in diesem Gebiet ein solches Siegesgeschrei die Stille der ruhenden Bergwelt unterbrochen haben. Jetzt rennen sie oben scheinbar aufgereggt hin und her. Wir erkennen den Zweck, als eine kleine Pyramide auf dem obersten Felsen wächst: der Steinmann mit den Namen der kühnen Bezwinger, die in einer kleinen Blechdose verankert werden: "Excursion Brecht-Bergen, Deutschland. Gleim und Bohnstedt. 21. August 1930, $\frac{1}{2}$ 11 Uhr. Höhenmesser 450 $\frac{1}{2}$ mm."

Karl Möller.

Vom Kaffehausänger zum Millionär.X

SPD. In einem Budapester Sanatorium endete vor kurzem mit dem Tode des weltberühmten Kunstsammlers und Mäzens Marcel von Nemes ein aufregender und abenteuerlicher Roman, den man hätte ihn nicht das Leben selbst geschrieben, als ein kitschiges Filmprodukt bezeichnen müsste. Denn die Laufbahn, die Marcel von Nemes aus den kümmerlichen Anfängen eines kleinen Chansonsängers zu einem märchenhaften Vermögen und legendären Ruhm verholfen hat, übertrifft beinahe die kühnsten Erfindungen geschickter Kolportageschriftsteller.

Nemes ist im Jahre 1866 in Janoshalma geboren. Ursprünglich hiess er Moses Klein und war der Sohn eines jüdischen Kantors. Er brachte es nur bis zur vierten Volksschulklasse, und kaum war er 12 Jahre alt, als ihn sein Vater bereits in die Welt hinausgeschickte. Das Einzige, was er ihm auf den langen Weg mitgab, war ein kluger väterlicher Rat: "Mein Sohn, du gehst jetzt in die weite Welt wirst arbeiten, und vielleicht wirst du auch glücklich werden. Ich kann dir nur den Rat geben: Zeige nie deine Armut! Wenn dein Gesicht vom Hungern blass sein sollte, so knüpfe dein Halstuch etwas fester, damit deine Wangen rötlich werden!..." Der kleine Moses musste oft den Rat seines Vaters befolgen. Er kam in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nach Budapest und erhielt in einem kleinen Vorstadtcafé Beschäftigung als eine Art künstlerisches Mädchen für alles. Nachmittags schrieb er für die Dienstmädchen mit seiner schönen runden Schrift Liebesbriefe, und abends unterhielt er das Publikum mit Liedern. Schon in seiner frühesten Kindheit hatte er sich im Tempelchor durch seine wohlklingende Stimme ausgezeichnet. Seinen grössten Erfolg jedoch erntete er im Kaffeehaus nicht mit seinen Liedern, sondern damit, dass er mit wenigen Strichen die Kaffeegäste zu zeichnen vermochte. Er war Schnellzeichner und schon damals

Kunstenthusiast. In diesem Kaffeehaus erlebte er seine einzige eigene Kunstausstellung, indem man seine besonders gut gelungene Portraitzeichnung eines Schusters im Fenster "ausgestellt" hatte. Erst heute bereitet man eine Ausstellung in Budapest vor, denn - was kaum jemand wusste - Nemes hat im letzten Abschnitt seines Lebens, vor etwa 12 Jahren, nachdem ihm alles, was er sich je gewünscht hatte, gelungen war, mit Andacht den Pinsel in die Hand genommen, um endlich seinen heimlichsten Träumen auf der Leinwand Ausdruck zu verleihen. Er, der die Gemälde Rembrandts, Tizians, Goyas und aller Meister von Weltruf gesammelt und oft verschenkt hatte, sammelte neben diesen auch seine eigenen Bilder, doch ohne jemals auch nur eins davon zu verschenken.

Doch vorläufig sind wir erst in den neunziger Jahren, als Moses Klein am Elisabethplatz eine kleine Kohlenhandlung aufmachte, gerade geheiratet hatte und recht kaltes Wetter herbeisehnte, um mehr Kohle zu verkaufen. Es waren aber schlechte Zeiten für Kohlenhändler, und das Geschäft ging bald zugrunde. Seitdem versuchte Moses Klein die verschiedensten Dinge und lenkte mit seinem Ehrgeiz und seiner Beweglichkeit die Aufmerksamkeit der Börsenkreise auf sich. Bald wurde er Disponent eines Getreidekommissionärs und erhielt auch Zutritt zur Börse. Sein gelegentlicher Erfolg aber verwirrte seinen Kopf; er häufte auf der Börse Engagement auf Engagement, bis das unausbleibliche Ende erfolgte. Er verlor zum zweitenmal und - stellte sich wieder auf die Beine.

Der Himmel weiss, wie es ihm eingefallen ist: er fing an, für sich Optionen zu erwerben, Optionen auf Häuser, Grundstücke, Marmorgruben. Und es fand sich zufällig ein Finanzmann, der sich für die Marmorgruben interessierte. Er kaufte die Option, und Marcel Nemes verdiente ein tüchtiges Stück Geld an Provision. Nach einer Weile hörten die Bekannten, dass er sich mit Gemäldeankauf beschäftigte. "Was ist bloss in diesen Nemes gefahren? Versteht er denn was von Bildern?" fragten sie sich kopfschüttelnd. Sie glaubten nicht an den Schritt, der Nemes auf den Weg zu dem Ruhm und den Millionen brachte. Zunächst kam er mit einem Kunsthändler zusammen, der ihm eine alte Sammlung von 150 Bildern andrehte. Als er Ludwig Ernzt, den damaligen Direktor des Nationalsalons, um seine Meinung über die Sammlung befragte, sagte ihm dieser lächelnd: "Lieber Freund, nicht solche Bilder braucht man zu kaufen. Diese importiert man doch aus Italien waggonweise zu uns". Doch dieser schwere Schlag entmutigte Nemes nicht. Er fing an, die Ausstellungen zu besuchen, mit Malern zu verkehren. Er wurde mit Szinnyey, Ferenczy, Lechner bekannt. Er ging ins Caféhaus unter die jungen modernen Maler und lauschte ihren Urteilen, wer etwas wert ist und wer nicht. Da wurde er auf die französischen Impressionisten aufmerksam gemacht. Von nun an reiste er sehr viel im Auslande herum. In Spanien kaufte er 10 Goya-Bilder auf einmal. In München zahlte er einem Kunsthändler 50.000 Mark für ein Gemälde. In Paris besuchte er die Witwe des grossen ungarischen Males Munkacsy; auf dem Boden kramte er eine Menge Originalskizzen heraus und zahlte ihr dafür 20.000 Franken - einen Preis, den er in Budapest für drei dieser Skizzen erzielte. Von Nemes erhielt Rippel Rónai die erste grössere Summe, indem Nemes auf einmal 50 Bilder von Rónai für 5000 Kronen erwarb. - Da war er schon eine Autorität und ein ruhmreicher Mann. Er strebte aber nach Höherem. Er wollte kein Kunsthändler mehr sein, sondern Kunstsammler. Und Mäzen. Daher verschenkte er nach und nach eine Reihe berühmter Gemälde an Museen. Er kaufte sich Paläste in Venedig, in Paris, in Nizza, in Budapest, in München. Am Starnberger See, in Tutzing, richtete er sich ein fürstliches Schloss ein, von dem alle Welt sprach. In diesen Palästen war ein unermessliches Vermögen aufgehäuft, die schönsten Rembrandts, Tizians, Raphaels, Grecos, Murillos, Bildwerke, antike Möbel und die wertvollste Messgewandsammlung der Welt, 25 bis 30 Millionen und noch mehr wert; selbst Nemes hätte es nicht zu ermessen vermocht. Denn er hatte sein Vermögen und seinen Ruhm schon längst satt. Lebte schon seit langem ständig im Auslande, meist in München, ward zum königlichen Rat, zum Baron, zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt und wollte nur noch allmählich die Kunstschatze veräussern, um in Ruhe, in völliger Zurückgezogenheit leben und sich einzig und allein der Malerei widmen zu können. Doch das konnte er nicht mehr erleben. Ein ewiger Schwärmer, der er war, ging in in fremden Schöpfungen auf, seine eigenen künstlerischen Träume erstickte der kommerzielle Misserfolg des seligen Kohlenhändlers Moses Klein.

den Richter.-

"Sie sagen, dass Sie den Mörder der Frau Riesmann entdeckt hätten?"

"Ein Zufall brachte mich auf die Spur. Ich war, wie schon mehrere Male, in der Wohnung Dr. Riesmanns, um zu versuchen, die verschwundene Giftflasche doch noch zu finden. Dr. Riesmanns Zimmer liegt ja zu ebener Erde und nach dem Garten hinaus. Während ich im Zimmer war, dessen Fenster ich geöffnet hatte, erregte etwas meine Aufmerksamkeit, das mich zum Nachdenken veranlasste. Nach meinen weiteren Feststellungen kann ich jetzt den Hergang der Tat schildern."

"Und wie geschah sie?"

"Während der Abwesenheit Dr. Riesmanns kam der Mörder durch das Fenster an den Schreibtisch, nahm die Flasche mit dem Gift - es war ja nicht mehr viel darin - und schüttete den Inhalt in die Tasse. Als er dann hörte, dass Riesmann zurückkam, verschwand er schnell durch einen Sprung aus dem Fenster und nahm ein Fläschchen mit."

"Es wurden aber keinerlei Spuren in der weichen Erde vor dem Fenster entdeckt."

"Ganz recht; das konnte bei diesem Mörder nicht geschehen."

"Kennen Sie den Mörder? - Sahen Sie ihn?"

"Ich kenne und sah ihn."

"Und Sie haben ihn nicht festgenommen?"

"Das ist nicht nötig, denn er läuft uns nicht weg."

"Wer ist es?"

"Er lebt in der Familie des Nachbarn Dr. Riesmanns."

"Spannen Sie mich nicht auf die Folter! Wer ist es, und wie heisst er?"

"Peterchen".

"Peterchen-?"

"Ja, es war Peterchen, das kleine Aeffchen des Herrn Brinkmüller."

Der Untersuchungsrichter sprang heftig auf. - War der Kommissar plötzlich wahnsinnig geworden? Kommissar Frank griff seelenruhig in die Tasche und stellte ein Fläschchen auf den Tisch. - Es war die lange gesuchte Giftflasche. Aus seiner weiteren Erzählung ergab sich folgendes: Als er in dem Zimmer des Arztes weilte, sprang von einem Baume, der in der Nähe des Fensters stand, ein kleiner Affe auf das Fensterbrett. Kaum bemerkte er den Mann, so ergriff er die Flucht. Sollte das Tier mit dem Tode der Frau Riesmann in Verbindung stehen? Dieser Gedanke veranlasste den Kommissar, nachzuforschen, wem das Tier gehörte. Er erfuhr, dass der Affe öfter seinem Käfig entsprang. Er tollte im Garten umher und kam auch zu Riesmanns. Die Frau gab ihm Leckerbissen. Der Kommissar beschloss, zu versuchen, den Affen die Tat wiederholen zu lassen. Das Fenster zum Zimmer des Arztes wurde geöffnet. Auf den Schreibtisch wurde eine Tasse mit Tee, daneben ein kleines Fläschchen mit Inhalt gestellt. Kommissar Frank und Herr Brinkmüller verbargen sich im Zimmer. Dann wurde dem Affen Gelegenheit gegeben, seinen Käfig zu verlassen. Etwa nach einer Stunde erschien das Tier in dem Baum und schaute in das Zimmer. Dann sprang der Affe auf das Fensterbrett. Schon sass er auf dem Schreibtisch und blickte umher. Nun entdeckte er Tasse und Flasche. Er zog den Stöpsel heraus und goss den Inhalt in die Tasse. Der Kommissar trat aus seinem Versteck hervor. Erschreckt entfloh der Affe und liess dabei die Flasche fallen.

Nach eingehendem Suchen entdeckte dann der Kommissar die Giftflasche in dem Baume. Das Tier hatte sie seinerzeit vielleicht fallen lassen, und sie hatte die ganze Zeit über in einer Astgabelung festgeklemmt gelegen. Den Glasstöpsel dazu fand der Kommissar in der Nähe unter den Blättern einer Pflanze auf der Erde. Das Experiment war gelungen, das Rätsel des Mordes gelöst. Der Affe hatte öfter beobachtet, wie Dr. Riesmann während der Krankheit seiner Frau in seinem Zimmer Medizin oder andere Getränke zubereitete, und hatte an dem Unglückstage dem Arzte das nachgemacht.

Karl Schatz.

Deutscher Reichstag

9. Sitzung vom 5. Dezember 1930.

SPD. Die erste Beratung des Haushalts für 1931 in Verbindung mit der Aussprache über die neue Notverordnung und die dazu vorliegenden Anträge wird fortgesetzt.

Abg. Rippel (Christl. Soz.) erklärt, man möge über die Anwendung des Art. 48 denken wie man wolle. Tatsache sei, dass weiteste Kreise des Volkes es begrüßen, dass der Reichskanzler sich nicht in unerquicklichen Verhandlungen ergehe, sondern klar und zielbewusst handele.

Abg. Drewitz (Wirtschaftsppt.): Von der Regierung müssen wir verlangen, dass sie energisch sich gegen die Beamtenorganisationen wendet, die jetzt der Wirtschaftspartei die Verantwortung aufbürden wollen und zum Boykott der Geschäfte auffordern, deren Inhaber unsere Mitglieder sind. Wenn die Regierung jede Änderung ihrer Notverordnung ablehnt, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die ganze Notverordnung abzulehnen. Wir haben uns keineswegs gegen den Preisabbau gesträubt, aber wir haben auch ehrlich ausgesprochen, dass die Preissenkungsaktion der Regierung Spiegelfechterei ist. Das Arbeitsministerium hat zwar Verhandlungen mit den Konsumvereinen über die Preissenkung geführt, aber es hat dazu nicht die Vertreter des Handwerks und Kleinhandels zugezogen. Die Vertreter der Konsumvereine haben erklärt, dass sie die Preise nicht weiter senken könnten. Die Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter vereinbarten aber auf dieser im Ministerium veranstalteten Konferenz, durch Konsumvereine, Werkkonsumvereine und Warenhäuser einen scharfen Konkurrenzkampf gegen den Kleinhandel zu führen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass eine Preissenkung erreicht wird. Die Voraussetzung ist aber eine steuerliche Entlastung der Wirtschaft. Die wenigen guten Bestandteile der Notverordnung werden bei weitem überwogen, durch die für uns unannehmbaren Bestimmungen. Wir lehnen deshalb die Notverordnung ab. (Rufe: "Und Ihr Mitglied Bredt ist in der Regierung!"). Das ist nicht wahr. Wir können nichts dafür, wenn von der Regierung die Presse falsch informiert wird.

Abg. Rauch-München (Bayr. Vp.): Die Sanierung der Reichsfinanzen ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden erfolgen. Die Gestaltung der erhöhten Tabaksteuer gibt Anlass zu manchen Bedenken. Wir hoffen, dass die Regierung an ihrer Ablehnung eines Tabakmonopols festhält. Die Preissenkungsaktion wird vor allem gehemmt durch das Preisdiktat der Kartelle und Syndikate. Für das deutsche Volk ist es aber eine Schicksalsfrage, dass wir von den hohen Preisen herunterkommen. Wenn jetzt allgemein Gehaltsabbau verlangt wird, so sollte vor allem die Wirtschaft selbst damit vorgehen bei den Gehältern ihrer leitenden Angestellten und Direktoren. Wir lehnen einen Gehaltsabbau nicht grundsätzlich ab, werden aber scharf darauf achten, ob zur rechten Zeit der Preisabbau folgt. Die Reichsbahn sollte endlich die Leistungszulagen beseitigen, die in Wirklichkeit Korruptionszulagen sind. Die Länder haben im Reichsrat mehr Verständnis für die Bedürfnisse des Reiches bewiesen als ein grosser Teil des Reichstags.

Abg. Dr. Weber (Dt. Staatspartei) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die der Besorgnis darüber Ausdruck gibt, dass binnen kurzer Zeit das Parlament zweimal auf sein Gesetzgebungsrecht verzichten müsse. Aber die Lage der Wirtschaft, die Not breitetester Schichten, die Anspannung der öffentlichen Finanzen verlangten rasches Handeln und rechtfertigten ausserordentliche Massnahmen.

Reichskanzler Dr. Brüning:

Vor dem ganze Hause muss ich dem Abg. Drewitz gegenüber feststellen, dass die Reichsregierung von ihren Informationen, die sie der Presse in Sachen Dr. Bredt gegeben hat, kein Wort zurückzunehmen hat und dass diese Informationen vollkommen der Wahrheit entsprechen (hört! hört!). Dem Abg. Rauch kann

ich erwidern, dass bei den leitenden Beamten der Reichsbahn die gleiche zwanzigprozentige Gehaltskürzung - auch bei den Leistungszulagen - durchgeführt worden ist, wie bei den Ministern. Wir haben an die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft die gleiche Mahnung gerichtet und dieser Mahnung ist schon in vielen Fällen bei den Bezügen der leitenden Stellen entsprochen worden. (Na! Na!)

Es hat sich überhaupt im Lande eine erfreuliche Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit an den Plänen der Reichsregierung gezeigt. Das gilt auch für die Preissenkungsaktion (lebh. Zurufe b.d.Komm.). Es ist aber notwendig, dass die Preissenkung möglichst schnell bis zu dem Punkte durchgeführt wird, den sich die Reichsregierung als Ziel gesetzt hat (Rufe rechts! Sie erhöhen ja die Steuern!) Würde sich die Preissenkungsaktion noch mehrere Wochen hinziehen, dann bestände allerdings für die Wirtschaft die Gefahr, dass die Käufer schichten sich stark zurückhalten. Die Reichsregierung wird selbst öffentlich erklären, wann sie glaubt, ihr Ziel bei der Preissenkung erreicht zu haben. Augenblicklich ist dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Textilgrosshandel kann eine weitere Preissenkung nicht vornehmen (Unruhe b.d.Komm.). Abg. Drewitz hat erklärt, die Notverordnung könne die Wirtschaft nicht voll befriedigen. Die Reichsregierung hat aber nie ein Hehl daraus gemacht, dass die Notverordnung nur einen Anfang darstellt und dass weitere Massnahmen zur Gesundung der Wirtschaft folgen sollen. (Rufe b.d.Komm.: "Es sollen also noch weitere Raubzüge folgen!") Die Regierung hat mit den Parteien Fühlung genommen und hat zu einem hohen Prozentsatz die Wünsche der Parteien verwirklicht. Die letzten zehn Prozent, die in der neuen Notverordnung nicht verwirklicht sind, würden weder auf diesem, noch auf dem normalen parlamentarischen Wege zu verwirklichen sein. (Zuruf b.d.Nat.Soz.: Was bedeutet das?) Dass Parteiforderungen überhaupt nicht hundertprozentig erfüllt werden können, auch Ihre nicht! - Auf einen weiteren Zuruf der Nat.Soz. - Ja, machen Sie mir denn einen Vorwurf daraus, dass ich nachdenke? (Sehr gut!) Sehr gewundert habe ich mich über die gestrige Rede des Abg. Gereke. Gerade die Kritik der Landvolkpartei an dem Inhalt der Notverordnung hätte bedenken müssen, dass bei einer Einzelabstimmung die Massnahmen für die Landwirtschaft zu kurz gekommen wären. Es kommt mir alles so vor, als ob einzelne Parteien nur das in Notverordnungen niedergelegt wissen wollen, was ihren besonderen Interessen entspricht. Das aber ist ebenso unmöglich, wie es sich als unmöglich zeigte, vor Erlass der Notverordnung eine parlamentarische Mehrheit auf ihren Inhalt zu einigen. Man muss auch bedenken, dass das Interesse der Landwirtschaft nicht allein auf hohe Zölle gerichtet ist. (Sehr wahr! i.d.Mitte) In den Zollerhöhungen sind wir bereits sehr weit gegangen. Es gibt wohl wenig Länder, die eine derartig erfolgreiche Politik für die Landwirtschaft getrieben haben wie wir (Widerspruch rechts). In dem Augenblick aber, in dem wir jetzt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf einer gewissen Höhe stabilisieren wollen, stehen wir zugleich vor einer Weltwirtschaftskrise, die nicht so ohne weiteres zu überwinden ist.

Ich verstehe, dass das deutsche Volk ohne Unterschied der Parteien den schweren Druck der Reparationslast beklagt und dass alle darum kämpfen, dass dieser Druck erleichtert wird; aber wenn Sie weiter nichts können, als dass Sie hinter jedem Problem und hinter jeder Frage als einzige Antwort die Tributfrage haben, dann können Sie weder der Landwirtschaft noch der Wirtschaft überhaupt helfen. (Wiederholte Zurufe des nationalsozialistischen Abg. Reinhard). Wenn ich politische Belehrung brauche, werde ich mich an Sie wenden, Herr Reinhard, als an die geeignetste Persönlichkeit. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir haben alles versucht, um auch mit dem Druck höchster Zölle dem Getreidebau zu helfen. (Zuruf: "Veredelungswirtschaft!") Ja, darauf wollte ich gerade zu sprechen kommen. (Zuruf: "Veredeln wir mal das Kabinett ein bisschen!" - Heiterkeit) Wenn Sie sich darüber einigen könnten, in welcher Form und mit welchen Persönlichkeiten das Kabinett veredelt werden kann, so

wäre das erfreulich. Die Reichsregierung hat sich eingehend mit dem Schutz der Veredelungswirtschaft beschäftigt. Wenn Sie aber in der Landvolkpartei glauben, den notwendigsten Sanierungsmaßnahmen der Reichsregierung Ihre Zustimmung versagen zu sollen, so kann ich Ihnen nur das eine sagen: Bei einer solchen ablehnenden Haltung werden auch alle weiteren denkbaren Zollmassnahmen die Lage der Landwirtschaft nicht retten können, dass das erste Problem auch für die Landwirtschaft, namentlich für die Zinsbelastung und Steuerbelastung der Landwirtschaft ist die Sicherung unserer öffentlichen Finanzen. Sie können Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft beschliessen wie Sie wollen, wenn Sie den Kopf in den Sand stecken vor diesen Problemen, dann werden alle übrigen Massnahmen nicht ihren vollen Erfolg haben können. (Sehr richtig!) Ich begreife nicht, weshalb landwirtschaftliche Organisationen gegen die landwirtschaftliche Einheitssteuer Stellung nehmen konnten. Sie bedeutet doch nichts anderes, als dass die Landwirtschaft ein steuerfreies Existenzminimum von 6000 Mark jährlich erhält (hört! hört! links - Abg. Torgler (Komm): "An die Arbeiter denken Sie wohl überhaupt nicht!"). Wenn die Reichsregierung alle diese Massnahmen für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und zur Sicherung der Sozialversicherung trifft, wenn sie den Preisabbau fördert, so ist das sicherlich Arbeiterpolitik. (Unruhe b.d.Komm.- Ordnungsruf gegen den Abg. Rädel (Komm).)

Die Reichsregierung muss in dieser ernstesten Stunde die Parteien davor warnen, zu glauben, dass unmittelbar und sofort an den Bestimmungen der Notverordnung noch ungeheuer vieles und überhaupt etwas in dieser Stunde geändert werden könnte. Erst müssen unsere Kredite und Finanzen gesichert werden, um dann die Wünsche der Parteien auf normalem Wege sorgfältigst berücksichtigen zu können. Ich muss davor warnen, dass im Laufe der Debatte die Parteien sich in Kritik über Einzelheiten verlieren und dass dadurch eine Stimmung erzeugt wird, die nicht nur in diesem Hause, sondern auch ausserhalb in der Welt die bedenklichsten Konsequenzen haben könnte. Es ist meine Pflicht, in dieser ernstesten Stunde Sie zu bitten, die Notverordnung so, wie sie ist, anzunehmen bzw. nicht aufzuheben (Unruhe und Zurufe b.Komm. und Nat.Soz.) und die Entscheidung ehestens zu fällen. Seien Sie sich Ihrer grossen Verantwortung bewusst (Rufe b.d.Komm.: "Fort mit der Hunger-Regierung!") Stellen Sie Ihre Kritik in dieser wirklich ernstesten Stunde zurück. Sie wissen nicht, wenn etwa Dinge zum Scheitern kommen sollten, was hinter diesem Scheitern stehen kann (Rufe b.d.Komm.: "Die Diktatur!")

Mit erhobener Stimme sagte der Kanzler zum Schluss: Sie tragen eine furchtbare Verantwortung. Ich bin der Ueberzeugung, dass es genügt, die Parteien daran erinnert zu haben, um ihnen den Mut zur Beschliessung jener Massnahmen zu geben, die heute für Volk und Vaterland notwendig sind. (Lebh.Beifall in der Mitte.)

Abg. Rosenberg (Nat.Soz.): Frankreich hat jetzt selbst durch Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtung den Versailler Vertrag gebrochen. Deutschland muss daraus die Konsequenzen ziehen. Dazu brauchen wir eine Abkehr von dem jetzigen System der Aussen- und Innenpolitik, die Ausmerzung des sozialdemokratischen Einflusses auf diese Politik. Wir kämpfen nicht nur gegen das jetzige System, sondern auch gegen die Persönlichkeiten, aus denen dieses System geboren ist und mit denen es zugrunde gehen wird (Beifall b.d.Nat.Soz.)

Abg. Litke (Soz):

Wenn Abg. Stöcker am Donnerstag gesagt hat, in der sozialdemokratischen Partei bestehe ein Aushöhlungsprozess, so ist ein solcher Prozess allerdings vorhanden, aber lediglich in den Köpfen der Kommunistischen Reichstagsfraktion. (Heiterkeit) Schröter-Merseburg hat angekündigt, er werde über die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion sprechen. Er hat aber lediglich ausgeführt, in einiger Zeit würden in Russland 2 Millionen Arbeitslose beschäftigt oder umgeschult werden. Auf Dinge, die einmal werden, kann man garnichts geben. Sie

hätten uns erklären müssen, was in der Sowjetunion wirklich ist. Sie haben behauptet, in Russland sei die soziale Lage der Arbeitslosen verbessert worden. Bisher haben wir von Ihnen immer nur gehört, dass es in der Sowjetunion überhaupt nichts zu verbessern gebe. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn Sie eingestehen, dass auch in Russland Verbesserungen noch möglich sind. Herr Schröter hat auch heute kein Wort darüber gesagt, was getan werden soll, um die Verschlechterungen durch die Notverordnung zu verhindern. Als wir im Dezember 1929 die Beitragserhöhung auf 4½% forderten, haben die Kommunisten dagegen gestimmt; sie tragen also die Mitverantwortung, wenn die Arbeitslosenversicherung in diese Verhältnisse gekommen ist. Sie sprechen auch davon, dass seinerzeit Bestrebungen nach der Tributsperre gegen die Reichsanstalt gewesen seien. Im Sozialpolitischen Ausschuss haben alle von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten dafür gestimmt, dass die seinerzeit gewährten Kredite niedergeschlagen werden - Sie aber (zu den Kom.) haben nicht mitgestimmt. Und als bei uns gewaltige Empörung darüber entstand, haben Sie erklärt, dass durch diesen Beschluss keineswegs zum Ruin der Arbeitslosenunterstützung beigetragen werden sollte! Sie haben Ihre Abstimmung damit begründet, dass Sie nicht eine Arbeitslosenversicherung, sondern eine Arbeitslosenversorgung wollten. Bei einer solchen würden nur die Arbeiter Beiträge zahlen. Dass das für die jetzige Zeit ein Wolkenkuckuksheim ist, wissen Sie selbst. Es kommt nicht darauf an, was man als Endziel anstrebt, sondern was man im Augenblick für die Arbeiterklasse durchsetzen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Haushaltsausschuss haben die Kommunisten beantragt, den Anspruch auf Unterstützung mit dem Tage enden zu lassen, der dem Wiedereintritt in das Arbeits- oder Angestelltenverhältnis vorangeht, und die Unterstützung vom Beginn der Arbeitslosigkeit an zu gewähren. Schon damals haben wir den Kommunisten entgegengehalten, dass wir selbstverständlich diesen Zustand erstreben, dass man aber eine Mehrheit und auch die Mittel haben müsse, um etwas durchzusetzen. Aber Sie fordern hier in Deutschland Dinge, die Sie selbst in Russland nicht durchgeführt haben. Gelernte organisierte Arbeiter müssen heute noch in Russland ein Jahr Karenzzeit haben, ungelernete unorganisierte sogar 3 Jahre, bevor sie unterstützungsberechtigt sind. (Hört! Hört! bei den Soz. - ein Kommunist ruft: Kein russischer Arbeitertausch mit der deutschen Sozialpolitik! - Grosse Heiterkeit.) Also, Sie geben zu, dass es richtig ist, was ich sage. In Russland erhalten organisierte Angestellte erst nach 3 Jahren Wartezeit eine Unterstützung, unorganisierte erst nach 5 Jahren. (Hört! Hört! bei den Soz.) Das reaktionärste, was sich die Kommunistische Partei in Russland in letzter Zeit geleistet hat, ist aber, dass solchen, die die Arbeit aus einem Grunde, der in ihrer Person liegt, aufgeben, die Unterstützung gesperrt wird. (Widerspruch der Kom.) Die "Rote Fahne" hat ja selbst die Sperrung als notwendig bezeichnet für den Fall, dass der Arbeiter seine Arbeitsstelle verlässt. (Abg. Rädcl (Kom): In Russland gibt es gar keine Arbeitslosen laut Ausweis des Internationalen Arbeitsamtes.) Die Sowjetunion hat auch eingeführt, dass die Arbeiter durch Prämien angehalten werden, im Betrieb zu verbleiben, also ein Vorgehen, das die Gewerkschaften immer auf das Schärfste bekämpft haben. Russland hat sich die kapitalistischen Methoden hundertprozentig angeeignet. In Russland soll es keine Arbeitslosen geben? Am 23. Juli d. J. hat im Sächsischen Landtag der Kommunist Siegel das Gleiche behauptet und auf einen Zwischenruf, der auf die amtliche Angabe von 2 Millionen Arbeitslosen hinwies, hat Siegel erwidert: "Das sind geborene Faulenzer!" (Hört! Hört! bei den Soz. - Leb. Widerspruch der Kom., die die Richtigkeit dieses Zeitungsberichts bezweifeln. - Ein Kommunist ruft dem Redner zu: "Sie sind ein geborener Lügner!") Angehörige einer Partei, die die Lüge als politisches Kampfmittel erklärt, können mich nicht beleidigen. (Sehr gut!) Schröter hat behauptet, die Sozialdemokratie sei der Abwehrbewegung der Arbeiterklasse in den Arm gefallen. Nun, wer hätschelt in Deutschland die Unorganisierten, wer hat die sogenannte RGO ge-

bildet, wer spaltet die Gewerkschaften zur Freude der Unternehmer? Stöcker sagte am Donnerstag, die Sozialdemokratische Partei hat seit 12 Jahren nichts anderes getan, als die Interessen der Arbeiterklasse zu schädigen; er hat sich gegen uns auch auf die "Deutsche Allgemeine Zeitung" bezogen. Die ist also sein Kronzeuge. Dann muss er auch geltenlassen, was die D.A.Z. am 3. Februar 1930 geschrieben hat, dass nämlich die Kommunisten verhindern müssen, dass die Sozialdemokratie übermächtig werde; Kommunisten seien für die bürgerlichen und kapitalistischen Staaten solange ein wertvolles Werkzeug, weil sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie stecken. (Lebh. Hört! Hört! der Soz.)

Stöcker nannte uns Schrittmacher der Reaktion. Woher stammt denn dieses Wort? In der Treptower Bezirksversammlung erklärte der damalige kommunistische Reichstagsabgeordnete Schlecht: "Jawohl, wir Kommunisten sind die Steigbügelhalter der Reaktion!" Wenn das ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter von seiner Partei sagt, so haben wir dem nichts hinzuzufügen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die "Rote Fahne" berichtete am Donnerstag über die neue Notverordnung, dass das Krankengeld solchen, die Gehalt oder Lohn weiter beziehen, gegeben werden könne. Damit wird verschwiegen, dass es uns gelungen ist, dies als zwingende Vorschrift durchzusetzen, dass nämlich der Beitrag pflichtgemäss gesenkt werden muss. Die "Rote Fahne" verschweigt auch, dass die Notverordnung allgemein das Hausgeld auf $\frac{2}{3}$ des Grundlohns erhöht! Selbstverständlich fordern wir nach wie vor, dass die Vorschriften über die Krankenschein- und Arzneikostengebühr aufgehoben werden, aber es ist uns doch gelungen, zunächst eine wesentliche Verbesserung durchzusetzen. Die Kommunisten aber wollten die jetzt nicht durchzusetzende Aufhebung der gesamten Vorschriften, und beschimpfen uns, weil das nicht gelungen ist. Wir haben seinerzeit im Reichstag und im Ausschuss erklärt, dass wir garnicht daran denken, die Vorschriften über die Ärzte aufzuheben. Nach den Beratungsunterlagen des Reichsarbeitsministeriums haben wir in Deutschland 35 000 Kassenärzte, aber nur 21 000 werden benötigt. Das Durchschnittshonorar würde dann von 10 000 auf 18 100 Mark im Jahr steigen. Wir haben das grösste Interesse, dass die Krankenversicherung und ärztliche Versorgung verantwortlich bewirtschaftet wird. Wir wollen nicht selbst zum Ruin beitragen und können daher die Ausgaben für die ärztliche Behandlung nicht erhöhen.

Beim Hausgeld muss eine Vorschrift geschaffen werden, die den Krankenkassen ermöglicht, das Hausgeld in der vollen satzungsmässigen Höhe des Krankengeldes zu zahlen. Die Aufhebung des § 191, wonach die Krankenkassen allein über den Umfang ihrer Leistungen zu bestimmen haben, ist ein unberechtigter Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen. Bei der Familienversorgung muss durchgesetzt werden, dass die volle Arznei von der Krankenkasse gewährt wird. Vielleicht wird das nur durch eine Änderung im Beitragswesen, evtl. auf 6,6 zu erreichen sein. Bei 22 Millionen Versicherten haben wir in Deutschland durchschnittlich 13,3 % Kranke. Die Arbeitsunfähigkeit beträgt durchschnittlich 24,2 Tage. Infolge des Anschwellens der Arbeitslosigkeit sind die Kosten der Krankenkassen enorm gestiegen. Durch die Änderungen ist uns ein Personenkreis von 6 Millionen genommen worden. (Hört! Hört!) Wir lassen uns aber die Erfolge, die wir durchsetzen konnten, keineswegs schmälern, am allerwenigsten durch die Reden der Kommunisten. Wir haben die Pflicht, auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Interessen der arbeitenden Klassen wirksam wahrzunehmen; Mit Anträgen, die keine Aussichten auf Erfolg haben, dienen wir diesen Interessen nicht.

In der Arbeitslosenversicherung fordern wir, dass die Jugendlichen sämtlich wieder einbezogen werden, und dass die Verschlechterungen weggeräumt werden. Die Verlängerung des Zeitraums, in welchem die 52 Wochen für die Anwartschaft erworben werden müssen, von 18 Monaten auf 2 Jahre, gehört zu diesen Erfolgen für die Massen der Kurzarbeiter. Wir werden uns durch die Redensarten der Kommunisten nicht abhalten lassen, das zu tun, was wir im Interesse

der Arbeitermassen für erforderlich halten. (Lebh. Beifall der Soz.)

Der Nationalsozialist Feder hat am Donnerstag die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratische Partei habe die Niederlage Deutschlands im Kriege gewollt. (Feder: Hat sie auch!) Er hat sich zum Beweis für seine Behauptung auf eine angebliche Äusserung des "Vorwärts" berufen, wonach es der Wunsch der deutschen Sozialisten sein soll, dass Deutschland als geschlagenes Land seine Kriegsflagge streichen müsse. Ich werde Ihnen beweisen, dass der sogenannte Beweis des Herrn Feder auf einer ganz nichtswürdigen Fälschung beruht: Am 20. Oktober 1918, als die Tatsache des militärischen Misserfolgs Deutschlands im Weltkrieg schon ganz unerschütterlich und unwiderruflich feststand, veröffentlichte der "Vorwärts" einen Artikel, der einen eindringlichen Appell an die Sozialisten der Entente-Länder darstellte, einen Gewaltfrieden gegen Deutschland nicht zuzulassen. Man kann zu diesem Artikel stehen, wie man will, man kann die Politik, in deren Linie er liegt, für richtig oder falsch halten. Aber man kann, glaube ich, als anständiger Mensch, gleichviel, in welchem Lager man steht, nicht bestreiten, dass er von glühender Liebe für das deutsche Volk erfüllt ist, dass jeder Satz von brennender Sorge um das deutsche Volk diktiert ist (Lachen rechts), dass er ein ehrlich gemeinter Versuch ist, die schlimmsten Folgen einer bereits eingetretenen Niederlage vom deutschen Volke abwenden zu helfen. Durch eine ganz niederträchtige Fälschung hat man daraus den Ausdruck des Wunsches nach einer Niederlage Deutschlands herausdestilliert. Das also ist der Beweis für die nichtswürdige Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie habe die Niederlage des deutschen Volkes gewollt. Wir erwarten, dass jeder anständige Gegner, (andauernder Lärm rechts) der sich bisher dieses Beweises bedient hat, zugeben wird, dass er einer Irreführung zum Opfer gefallen ist, und wir erklären denjenigen, der diese Fälschung zuerst aufgebracht hat und jeden, der sie weiterverbreitet, als einen niederträchtigen Lumpen.

Von den 2 Millionen deutschen Toten des Weltkrieges (Ruf rechts: Sie sind nicht darunter!) sind mindestens 5 - 600 000 Sozialdemokraten gewesen. Meines Wissens sind im Kriege 2 Reichstagsabgeordnete gefallen. Der eine davon war der Sozialdemokrat und Jude Dr. Ludwig Frank. Während Ludwig Frank gefallen ist, sass der Heimkrieger Frick in Pirmasens "auf Befehl des bayerischen Königs" am Ofen und wärmte sich den Hintern. (Grosser Beifall links, andauerndes Geschrei rechts.) - Einem der Schreier sagt der Redner: Sie haben während des Krieges in der Redaktionsstube gesessen und von dort aus andere den Kampf für das Vaterland führen lassen. Wir weisen es mit aller Entschiedenheit zurück, dass diese Leute, die Südtirol verraten (Stürmische Zustimmung links) uns Landesverrat vorwerfen. (Dauerndes Geschrei rechts, aus dem man die Rufe "Scheidemannfrieden" heraushört.) Hätte das Deutsche Volk den Scheidemannfrieden bekommen, den die Sozialdemokratische Partei angestrebt hat, dann wäre viel Blut, das unnütz vergossen wurde, nicht geflossen!

Herr Feder hat am Donnerstag gesagt, zwei Dinge halten die Menschen zusammen, und zwar Idealismus und gemeinsam begangene Verbrechen. (Sehr richtig! rechts) Herr Feder hat sehr oft von dieser Stelle ungewollt und unüberlegt seine eigene Partei charakterisiert. Aber in einer solchen Masse wie am Donnerstag ist ihm das noch nicht gelungen. Jawohl, die gemeinsam begangenen Verbrechen halten die Nationalsozialistische Partei zusammen. Wir erinnern nur an die "Femrichter" wie Heines usw. (Andauerndes Gebrüll rechts und Rufe: Das erlauben wir nicht! Mit Euch machen wir es auch so! usw.) Dr. Gumbel hat in seinem Buch "Verräter fallen der Feme anheim" über den Hakenkreuzführer Killinger geschrieben, dass er sich als Führer eines Femetrupps durch besonders Viehische Morde ausgezeichnet hat. (Zurufe rechts: Dr. Adler!) Der Heimkrieger Frick hat als Polizeibeamter in München dem Mörder der Anna Sandmaier, Leutnant Schweighardt, einen falschen Pass ausgestellt, damit er ins Ausland

flüchten konnte. (Andauernder Lärm rechts)

Herr Feder hat am Donnerstag auch ein grundsätzliches Bekenntnis zum Privateigentum abgelegt. Goebbels schreibt in seiner Broschüre "Der Nazisozi" auf Seite 5: "Wir nennen uns Sozialisten als Protest gegen die Lüge des sozialen bürgerlichen Mitleids." Und Strasser schreibt: "Wir wären keine Sozialisten, wenn wir nicht gegen die Klassenherrschaft des kapitalistischen Systems kämpfen würden."

Am Donnerstag aber hat Feder die Katze aus dem Sack gelassen (Gelächter und Geschrei der Nazis) und sich grundsätzlich für das Privateigentum erklärt. Er hat ja auch schon am 17. Oktober in diesem Hause gesagt, er schäme sich nicht, in seinem arbeitsreichen Leben ein Vermögen erworben zu haben. Nun, da will er natürlich auch das Privateigentum schützen. (Der deutschnationale Vizepräsident Gräf erklärt nun, da die Nazi den Redner andauernd zu überschreien suchen, er könne die Ruhe auf der rechten Seite nicht herstellen, wenn nicht auch der Redner und die Linke sich mässigten; darauf schreien die Nazis natürlich erst recht.) Herr Feder hat auch wieder gegen die Zinsknechtschaft gesprochen. Im "Völkischen Beobachter" vom 3. Dezember d.J. ist auch von der Brechung der Zinsknechtschaft die Rede, aber gleich dabei steht ein Insetrat der Evangelischen Zentralbank, die für Spareinlagen höchste Verzinsung verspricht. (Grosse Heiterkeit. - Rufe der Nazi: Das ist doch eine Annonce, das verstehen Sie wohl nicht?) Herr Feder hat am Donnerstag auch ein Bekenntnis abgelegt, wieviel er vom Sozialismus versteht. (Nazi rufe: Mehr als Sie! - Vizepräsident Gräf mahnt wieder zur Ruhe und droht mit einem gewollten Sichversprechen, den Artikel 48 der Geschäftsordnung anwenden zu müssen, was minutenlanges Gelächter auslöst, den Nazis aber den Anlass gibt, den Redner mit Artikel 51 STMB in Verbindung zu bringen!) Leere Phrasen machen den Sozialismus wahrlich nicht aus, und solange Sie sich nicht zur Demokratie als der Grundlage zur Verwirklichung des Sozialismus bekennen, werden die Arbeiter Sie als Trabanten des Kapitals ansehen; auch wenn Sie in Anträgen die Beschlagnahme der Vermögen der Bank- und Börsenfürsten fordern. Ehe diese Anträge erledigt werden, gehen Sie noch mit einigen Grossbankiers frühstücken. Am Donnerstag haben Sie ja auch vor dem Führer der Deutschen Volkspartei Ihren Kotau gemacht. Die geistige Verwirrung dieser Partei zeigt sich ja auch in dem Goebbels-Roman "Michael", der im Angriff erscheint. Eine politische Wochenschrift hat mit Recht vor einiger Zeit geschrieben, dass Herr Goebbels das Moseskind sei, das Adolf Hitler im Schilf gefunden und mit den literarischen Produkten eines Herrn Dinter aufgezogen hat. (Grosse Heiterkeit)

Ein Jahr vor dem Marsch auf Rom schrieb Mussolini, der mit den Verschwörern und den Ausbeutern unter einer Decke steckte: "An die Laterne mit denen, die das Volk aushungern." So verkleidete er seine volksfeindlichen Pläne, und genau so machen Sie es. Wir werden dafür sorgen, dass die deutsche Arbeiterklasse über diese Methoden genügend aufgeklärt wird. Die gewerkschaftlich und politisch organisierten aufgeklärten Arbeiter wissen, was sie mit der deutschen Demokratie und mit der Republik zu verlieren haben. (Dauerndes Geschrei rechts, das den Redner zeitweise übertönt) 1923 waren Sie noch ehrlicher, da haben Sie die Beseitigung der Demokratie verlangt (jawohl! bei den Nazis), die Auflösung aller Parlamente, die Aufhebung der Pressfreiheit, die Auflösung der Gewerkschaften, Todesstrafe für Streiks und Beseitigung der politischen Meinungsfreiheit (obh. Beifall der Nazis. - Vizepräsident Gräf versucht wieder einmal um Ruhe.) Die Kommunisten wühlen auf der anderen Seite die Massen auf und leisten der Reaktion Vorschub. Wir warnen die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor Unbesonnenheiten. Wir lehnen die putschistischen Methoden der Nationalsozialisten und der Kommunisten ab. Wir sind die einzige Arbeiterpartei (wütendes Geschrei rechts und äusserst links), die in Deutschland kämpft für Freiheit, für Demokratie, für Parlamentarismus, für die sozialen Interessen des arbeitenden Volkes. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Abg. Bürgers (Ztr) bezeichnet die Notverordnung als ein Fundament der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen Deutschlands. Der Weg zu einer Ermässigung unserer Reparationslast führt nur über eine vorherige Sanierung unserer inneren Verhältnisse. Zu einer geduldigen Arbeit in dieser Richtung gehört mehr Vaterlandsliebe als zur Katastrophenpolitik. Abg. Feder (Natsoz) hat die italienischen Verhältnisse so gerühmt, dass ich mich gefragt habe, wie er wohl hätte reden müssen, wenn er italienischer Abgeordneter wäre. (Ein Nationalsozialist ruft "Infamie" und wird deswegen zur Ordnung gerufen.) Tatsächlich hat sich auch im Siegerlande Italien die Arbeitslosigkeit um 60 % erhöht. (hört! hört!) Dabei ist die Produktion wesentlich zurückgegangen. Der öffentliche Finanzbedarf ist in Italien, das doch Reparationsgelder bekommt, um 26 % gestiegen. Die italienische schwebende Schuld ist höher als die Deutschlands (hört! hört!).

Abg. Dr. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (Dntl) erklärt, es habe auch jetzt wieder den Anschein, als ob die Regierung einer aussenpolitischen Erörterung ausweichen wolle, obgleich die letzte Aussprache zur Aussenpolitik schon im Juni stattgefunden habe. Dr. Curtius habe weder Plan noch Ziel. Verständigung im Westen und Revision im Osten seien unvereinbar miteinander. Das nationale Deutschland bettele nicht um ein Moratorium und strebe nicht nach der Revision des Young-Planes, sondern es trete für die Revision des Versailler Vertrages ein.

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Ich bin der Letzte, der sich dagegen wehrt, dass mit dieser Debatte auch aussenpolitische Fragen verknüpft werden. Ich kann auch vom Standpunkt der Aussenpolitik nur den Wunsch des Reichskanzlers unterstützen, man möge sobald als möglich die Notverordnung verabschieden, um damit auch unserer Aussenpolitik ein festes Fundament zu geben. Ich muss es aber ablehnen, mich jetzt auf eine allgemeine aussenpolitische Erörterung einzulassen. Ich muss es zurückweisen, wenn Sie (nach rechts) uns immer unterstellen, dass wir uns an der Aussenpolitik vorbeireden wollten. Wir haben uns in drei Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses über die ganzen Fragen eingehend unterhalten (Abg. v. Freytagh: "Hinter verschlossenen Türen!"). Ich glaube, dass wir hinter verschlossenen Türen weit erfolgreichere Aussenpolitik machen, als mit den agitatorischen Reden, die gehalten werden. (Beifall) Ueber die Abrüstungsfragen wollen wir uns unterhalten, wenn die Konferenz in Genf beendet ist. Die auswärtige Debatte führen wir am besten bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes (Rufe rechts: "Fröhliche Ostern!"). Das wird etwa im Februar sein. Im Auswärtigen Ausschuss ist gegen die Gewalttaten der Polen mit Nachdruck protestiert worden und das ist auch in der deutschen Note geschehen. Da sind die Gewalttaten der Polen angeprangert worden in einer Weise, die von der ganzen Welt deutlich verstanden worden ist. Die in Genf eingeleitete Aktion wird fortgeführt werden. Die Gerechtigkeit unserer Sache wird sich auch im Januar durchsetzen, besser, als wenn wir jetzt den vergeblichen Versuch gemacht hätten, sofort eine Sondersitzung zu erreichen.

Das Eine sage ich aber den Herren von der Opposition, wir werden wie bisher eine gradlinige Minderheitenpolitik treiben und keine zwiespältige. Mit dieser gradlinigen Politik ist es nicht vereinbar, wenn man auf der andern Seite die Wiederaufhebung des Liquidationsabkommens mit Polen fordert. Nach diesem Abkommen dürfen 40 bis 50 000 ha deutschen Bodens in Polen nicht weiter liquidiert werden und über 80 000 Menschen in Polen werden auf diese Weise dem Deutschtum erhalten. Ich würde Ihnen (nach rechts) empfehlen, sich mit den deutschen Minderheitsvertretern in Verbindung zu setzen. Sie werden sich wundern, was die zu Ihrem wahnwitzigen Beschluss sagen. Es kommt tatsächlich, wie ein nationalsozialistischer Redner sagte, nicht auf die Zahlen des Etats, sondern auf den Charakter an (Lärm rechts). Charakter haben heisst, sich selbst getreu sein, Hass und Leidenschaft zurückzudrängen, um die gradlinige Politik

weiter zu führen, mit der wir die Interessen des Deutschtums und der deutschen Minderheiten vertreten.

Abg. v. Stauffenberg (Landvolk): Wir erkennen an, dass das allgemeine Interesse sich jetzt mehr der Notwendigkeit der Rettung der Landwirtschaft erschliesst, nachdem der Reichspräsident sich so stark dafür eingesetzt und auch den Osten aus seiner Not erlöst sehen wollte. Das sind gute Grundlagen für die Agrarpolitik der Regierung Brüning. Auch die Berufung Schieles an die Spitze des Landwirtschaftsministeriums war ein Plus für die Landwirtschaft. Aber trotz einiger Teilerfolge ist das grosse Werk der Rettung der Landwirtschaft noch nicht vollbracht. Die Senkung der öffentlichen Ausgaben ist noch zu gering. (Sehr wahr! rechts). Vor allem müssen auch die Holzzölle geändert werden. Notwendig sind Einfuhrverbote gegen überflüssige ausländische Agrarprodukte. Mindestens müsste alle Auslandsware deutlich gekennzeichnet werden. Von alledem steht nichts in der Notverordnung. Wir sind aufs schwerste enttäuscht dadurch, dass das ganze Osthilfsprogramm in der Notverordnung garnicht erwähnt ist. Schon diese Tatsache allein veranlasst uns, die Notverordnung abzulehnen und unser Vertrauen einer Regierung zu versagen, die nicht mehr den Mut hat, sich zur Rettung des deutschen Ostens zu bekennen.

Abg. Köster (Wirtschaftspt.) bekämpft die Bier- und Getränkesteuer, die nicht nur den Handel ebenso schwer schädigten wie die Mehrbelastung des Tabaks, sondern so hohe Verwaltungskosten und technische Schwierigkeiten zeigten, dass sie von zweifelhaftem fiskalischen Werte seien.

Abg. D. Mumm (Chr. Soz. Volksdienst) betont die Bedeutung der finanziellen Sanierung für Deutschlands Innen- und Aussenpolitik. Sparsamkeit sei notwendig, aber die Reichsausgaben dürften doch nicht so gesenkt werden, dass darunter die Reichsaufgaben auf kulturellem Gebiet zu sehr leiden.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.): Wir haben die stärksten Bedenken dagegen, dass in die Notverordnung steuerliche Einzelheiten aufgenommen worden sind, die zeitlich und sachlich nicht in unbedingtem Zusammenhang mit der heutigen Regelung der Finanzlage stehen. Den schärfsten Widerspruch erheben wir unter Berufung auf die Reichsverfassung gegen die Bestimmungen über Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung. Ganz unüberwindbare Bedenken haben wir besonders gegen die Bestimmungen über die Gewerbesteuer.

Abg. Reinhardt (Nat. Soz.) Die Tabaksteuer führt zu einer brutalen Vernichtung des Tabakgewerbes und damit zu einer enormen Steigerung der Arbeitslosigkeit in diesem Berufsstand. Wenn die Regierung nicht besser die Interessen des Volks zu wahren verstehen, dann muss sie eben abtreten (Beifall b. d. Nat. Soz. - Reichsarbeitsminister Stegerwald verlässt seinen Platz. - Grosse Heiterkeit).

(Die Sitzung dauert bei Redaktionsschluss noch an - Schlussbericht folgt durch Radio.)
